

Erscheint täglich außer Montag, Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetrogen in der Post-Regulungs-Vereinbarung für 1891 unter Nr. 6489.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitdauer ober deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt G, Nr. 4106.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 16. April 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

### Die englische Untersuchungs-Kommission über die Arbeiterfrage.

Die mit so großem Eklat angekündigte königliche Untersuchungs-Kommission über die Arbeiterfrage hat nach langer Wehen endlich das Licht der Welt erblickt, und der erste Eindruck, den das Schmerzenskind bei der Arbeiterschaft hervorgerufen hat, ist der einer großen Enttäuschung. So wenig man von der jetzigen, aus modernen, d. h. verbourgeoisirten Tories und fossilen Whigs zusammengefügten Regierung auch erwarten mochte, sie hat es fertig bekommen, das Wenige noch zu unterbieten. Das ausgesprochene Kapitalisteninteresse ist in der Kommission ganz überwiegend berücksichtigt worden. Und nicht nur das; um den Einfluß der paar, der Arbeiterbewegung mehr oder weniger verständig gegenüberstehenden Unternehmer, die die Regierung anstandslos in die Kommission hatte berufen müssen, möglichst zu neutralisieren, hat man ihnen gerade diejenigen Vertreter der Unternehmerinteressen an die Seite gesetzt, die sich in den Lohnkämpfen der jüngsten Gegenwart als ganz besonders erpichte Gegner der Arbeiterorganisationen ausgezeichnet haben. Einem David Dale, der sich als Mitinhaber einer großen Eisenfirma in Yorkshire durch seine Verdienste um die Schlichtung von Lohnstreitigkeiten u. einen geachteten Namen bei der Arbeiterschaft Nord-Englands erworben hat, einem Mundella, der trotz sonstiger verdächtiger Eigenschaften immerhin zu denjenigen Unternehmern gehört, die die Arbeiter-Organisationen als die berechtigten Vertreter der Arbeiterinteressen anerkennen, stehen ein G. Livesey, der berüchtigte Direktor der Südlondoner Gaswerke, der durch einen hinterlistig provozierten Streik es dahin brachte, daß in der von ihm geleiteten Anstalt nur Nicht-Unionleute arbeiten, und dessen Schuld es nicht ist, wenn in der Mehrzahl der Londoner Gasanstalten der achtstündige Arbeitstag bis jetzt noch aufrecht erhalten werden konnte; ein W. Lewis, der Leiter der Bute Docks in Cardiff, der als echter Emporkömmling soviel als in seinen Kräften stand, gethan hat, um die Organisationen der Hafenarbeiter von Cardiff zu sprengen, sowie ein J. C. Bolton, Direktor der Kaledonischen Eisenbahn-Gesellschaft, gegenüber, ein Mann, zu dessen Charakteristik nur angeführt zu werden braucht, daß die Arbeiter seines Wahlkreises — der Herr ist liberales Parlamentsmitglied für Stirlingshire in Schottland — beschloffen haben, ihm wegen seines Verhaltens beim Streik der schottischen Eisenbahnarbeiter bei der nächsten Wahl einen Arbeiterkandidaten gegenüberzustellen. Ueberhaupt ist in jeder Beziehung Sorge getragen, daß jeder

Stimme, die möglicherweise dem Kapital Unbequemlichkeiten bereiten könnte, sofort ein Dämpfer aufgesetzt werden kann.

Typisch ist in dieser Hinsicht die Auswahl der eigentlichen Arbeitervertreter. Ihre Gesamtzahl ist, wenn man den Sekretär des ständigen Schiedsgerichts für die Eisen- und Stahlindustrie von Durham und Yorkshire, E. Trow, mitrechnet, sieben, während das Unternehmer-Interesse durch mindestens elf Mitglieder in der Kommission vertreten ist. Die Arbeitervertreter sind: Tom Mann, Präsident der Dock-Union, W. Abraham und E. Vurt, Bergarbeiter-Abgeordnete, S. Tait, Vorsitzender des Trades Council von Glasgow und Vertrauensmann der schottischen Eisenbahnarbeiter, M. Austin, Sekretär der Irischen demokratischen Arbeiter-Föderation, John Mawdsley, Sekretär des Gewerkschafts der Spinner- und Webereiarbeiter, und der vorerwähnte E. Trow. Nur zwei von ihnen, Mann und Austin, können als Vertreter des „neuen Unionismus“ gelten, und selbst sie nur mit gewissen Einschränkungen; dafür stehen ihnen aber in Vurt und Mawdsley zwei hartnäckige und schlagfertige Vertreter der konservativen Gewerkschaften gegenüber, John Mawdsley ist zum Ueberfluß auch noch in politischen Fragen Parteigänger der Konservativen. Trow ist ebenfalls Gewerkschaftler alter Schattirung, und Abraham und Tait bilden das „Justemilieu“ — die gemäßigste Mitte. Man sieht, die Waage neigt entschieden auf die Seite der Rechten.

Vorsitzender der Kommission wird der Marquis of Hartington, der Führer der liberalen Unionisten. Außer ihm sind noch ein Führer, Lord Derby, sowie zwei Abgeordnete dieser Partei, L. Courtney und Jesse Collings, Mitglieder der Kommission. Auch die Tories und die Liberalen sind durch je zwei Führer, und zwar die Ersteren durch Sir John Gorst, Vertreter Englands auf der Berliner Konferenz, und Sir W. Hicks Beach, die Letzteren durch den schon erwähnten Fabrikanten Mundella und den Advokaten J. Fowler, sowie durch verschiedene Abgeordnete in der Kommission vertreten. Als juristischer Sachverständiger ist der Professor F. Pollock von der Universität Oxford, als ökonomischer Sachverständiger Professor Marschall von der Universität Cambridge in die Kommission berufen. Weiter treten zu den bereits Aufgezählten noch fünf weitere Vertreter der Großindustrie, während in dem warmherzigen Sam. Plimsoll die Seeleute einen sachkundigen und beredten Anwalt in Bezug auf alle, ihre rechtliche Stellung und ihre Sicherheit betreffenden Fragen erhalten.

Die so zusammengefehete Kommission soll, nach dem Wortlaut des Aktes ihrer Berufung:

„Die Fragen untersuchen, welche die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern, die Koalitionen von Unternehmern und von Arbeitern, sowie die Arbeitsverhältnisse betreffen, die in den jüngsten gewerblichen Konflikten im vereinigten Königreich zu Tage getreten sind, und darüber Bericht erstatten, ob gegen die Uebelstände, die sich etwa herausstellen sollten, gesetzliche Maßnahmen mit Erfolg anzuwenden wären, und wenn dies der Fall, in welcher Weise.“

Unter diese Fragen kann man, wenn es darauf ankommt, alles zusammenbringen, was den Inhalt der Kämpfe und Bestrebungen des modernen Proletariats bildet, man kann sie aber auch so eng fassen, daß sie sich auf ein paar Punkte der Koalitions- und Fabrik-Gesetzgebung konzentriren. Es kommt alles auf ihre Auslegung und Anwendung an. Um so mehr wäre es von Röhren, daß die Arbeiterschaft wenigstens durch einen Mann in der Kommission vertreten wäre, der nicht nur guten Willen und ehrliches Wollen, nicht nur Sachkenntnis und Erfahrung in seiner speziellen Sphäre, sondern auch allgemeineres theoretisches Wissen und das den geriebene Parlamentariern gegenüber erforderliche dialektische Geschick in die Kommission mitbrächte. Das ist aber nicht der Fall, und dieser Mangel wird allgemein empfunden. So heißt es in der „Labour World“ oder, wie sie sich jetzt nennt, „Sunday World“ Michael Davitt's von der Kommission: „Die Vertreter der Kapitalisten haben einige der energichsten Mitglieder ihrer Klasse unter sich. Mit der Ausnahme von Tom Mann, der mit allen seinen Gaben kein Burns ist, gibt kein Mann in der Kommission, der es mit Hauptleuten der Industrie, wie Livesey, Jsmay, Lewis aufnehmen könnte.“ In verschiedenen, letzten Sonntag abgehaltenen Arbeiter-Versammlungen sind auch schon Protestresolutionen gegen die einseitige Zusammensetzung der Kommission gefaßt worden. Ebenso, und mit Recht, ist dagegen protestirt worden, daß die Regierung unter einem ganz richtigen Vorwand die Aufnahme Michael Davitt's als Vertreter der irischen Arbeiter in die Kommission ablehnte. Als ehemaliger Hochverräter und Befenner republikanischer Grundsätze könne Davitt nicht in einer königlichen Kommission sitzen, meinen die Toryblätter, worauf ihnen mit Recht erwidert wurde, daß Davitt die Strafe, die ihm seiner Zeit als Hochverräter zubillirt worden sei, längst verbüßt habe, und daß seine politischen Ansichten nichts mit seiner Qualifikation zur Ausübung einer öffentlichen Funktion zu thun hätten. Indeß, es mögen wohl auch noch andere Rücksichten für die Ablehnung Davitt's maßgebend gewesen sein.

Uebrigens ist auch in der Regierung sonst nahestehenden Kreisen, die es aber mit der Fortentwicklung des Arbeiter-

### Feuilleton.

Abdruck verboten.

187

### Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol von Robert S. weichel.

In seinen Werktagkleidern, ohne Mantel, die abgenutzte Hüftpelzmütze auf dem wirren Haar, verfolgte er hastig die Straße nach St. Vigil. Nur eines Gedankens war er sich in seiner unbeschreiblichen Wuth bewußt. Er eilte nach der Pfarre, Wesa, die sich in ihrer Stube befand, hörte ihn die Pfad nach dem Pfarrer fragen und kam sofort neugierig herbei. Allein schon schloß sich hinter ihm die Thür der Studirstube und es blieb Wesa Nichts übrig, als von der oft erprobten Schärfe ihres Gehörs Ausschluß über das Gespräch ihres Bruders bei Herrn Moltenbecher zu erwarten. Der Klosterbauer sprach denn auch laut genug, um diese Erwartung seiner Schwester nicht zu täuschen.

Der Pfarrer betrachtete den Klosterbauer mit einigem Kopfschütteln, denn er bemerkte sofort dessen bis zur Verstärkung aufgeregtes Wesen. Der Klosterbauer fing auch gleich, ohne die Aufforderung zum Reden abzuwarten, von seiner Angelegenheit an und wenn er sonst darauf hielt, mit langsamer Bedächtigkeit zu sprechen, so wollte jetzt der noch immer in ihm kochende Born keinem Worte vor dem anderen Raum gönnen. Er redete heftig und verworren und socht dazu mit den Händen. Der alte Herr hielt es

für das Beste, die Redefluß des Klosterbauers fortspudeln zu lassen, bis sie sich erschöpft hatte. Die Hände über dem Bäncklein gefaltet, hörte er schweigend zu und schüttelte nur zuweilen den weißen Kopf oder schoß aus seinen kleinen Augen einen scharfen Blick auf den Erregten.

„Schau, Schau, Schau, was hätte ich dem Hannes nicht zugetrout“, war alles, was er sagte, als der Klosterbauer fertig war.

„O, der Hannes“, sprudelte der Letztere und ballte die Faust, „dem werd' ich's schon noch weisen, daß er an mich denken soll, zeitlebens. Aber jetzt, die Eh' ist ungiltig, weil ich nicht meinen Konsens gegeben hab' und der Ambros unmündig ist. Sie müssen auseinander, der Ambros und die Larseit, und das verlang' ich von Ihnen, denn Sie sind der Pfarrer in unserer Gemeinde.“

„Nur ruhig Blut, Mann“, versetzte Moltenbecher, indem er die Rechte ein wenig aufhob. „Die Sache geht mich gar nichts an, und höchstens hätte ich mit dem Hannes ein Hühnchen zu pflücken, daß er mir die Traugebühren weggeschnappt hat. Der Sohn des reichen Klosterbauers wird sich natürlich nicht haben lumpen lassen, he?“

Wenn es seine Absicht war, mit diesem Scherz einen Tropfen säufstündendes Del auf des Klosterbauers zornig wogendes Gemüth zu gießen, so war sie verfehlt. Der Klosterbauer fand den Scherz ebenso wenig nach seinem Geschmack, wie die lauschende Wesa nach dem ihrigen, und er grüßte, daß er nicht zum Späßen hergekommen wäre.

„Je nun“, entgegnete der Geistliche gelassen, jedes Ding hat zwei Seiten, und Ihr seid alt genug, Klosterbauer, um das auch zu wissen. Ihr seid erbittert, daß der Ambros ohne Eure Einwilligung geheirathet hat, und

wollte die Ehe für ungiltig erklären lassen, gut; aber ich werde Euch die andere Seite der Angelegenheit zeigen. Ihr tropet auf Euer Recht, aber Ihr vergeßt, daß der Ambros auch ein Recht hat. Sehet, Klosterbauer, wenn er mit seinem Anliegen zu mir gekommen wäre, statt zu seinem unerfahrenen Bruder zu gehen, so würde ich ihn zwar nicht geirret haben, denn ich mag in diesen bösen Zeiten wollends nichts mit den weltlichen Gerichten zu thun haben, aber ich würde ihm gesagt haben: Da der Vater Dir ohne jeden vernünftigen Grund seine Einwilligung verweigert, so trage bei dem Gericht darauf an, daß er dazu gezwungen werde, und ich sage Euch, Klosterbauer, das Gericht würde ihn ermächtigt haben, ohne Eure Zustimmung sich anzubieten und trauen zu lassen.“

„Was?“ schrie der Klosterbauer, „ich hätte keinen Grund nicht?“

„O, Gründe habt Ihr schon, das weiß ich“, sagte Herr Moltenbecher, „aber keinen einzigen, der stichhaltig wäre. Darum rathe ich Euch, daß Ihr gute Miene zum bösen Spiel macht. Ihr könnt von hier stehenden Fußes auf das Gericht gehen und auf Ungiltigkeit der Ehe klagen. Vielleicht erreicht Ihr Eure Absicht, vielleicht auch nicht. Eines aber ist ganz bestimmt, Klosterbauer, kein weltlicher Richter-spruch zerreißt das Band, mit dem die Kirche Euren Sohn und die Stasi verbunden hat. Vor der Kirche bleiben sie Mann und Frau, bis der Tod die Ehe trennt. Kein Theil kann zu einer neuen Ehe schreiten, so lange der andere Theil noch nicht das Heilige geegnet hat. Sie können getrennt leben, aber verheirathet bleiben sie. Verstehet Ihr mich, Klosterbauer?“

Dieser verstand ihn nur zu wohl und die Eröffnung

schüßes etwas ernster nehmen, die Aufnahme der Kommission keine sehr begeisterte. „Die Thatsache, daß Lord Hartington als Vorsitzender der Kommission proklamirt worden ist“, schreibt das unionistische „Daily Chronicle“, „genügt, um zu erkennen zu lassen, daß dieselbe nach der Meinung ihrer Urheber nicht den Zweck hat, irgend welche revolutionäre Vorschläge zu fördern; in der That, der gegenseitige Schluß liegt viel näher, denn Lord Hartington hat während seiner ganzen politischen Laufbahn eine starke Neigung bekundet, die Arbeiterfragen sich selbst regeln zu lassen, ohne irgend eine Art Staatsintervention.“ Er werde zwar ein höflicher und gerechter Vorsitzender sein, aber Initiative und Anregung seien von ihm nicht zu erwarten. Im weiteren Verlaufe des Artikels heißt es, daß die Kapitalisten in der Kommission u. a. durch einen oder zwei Leute vertreten seien, „die wir nach ihrer feindseligen Handlungsweise gegenüber der Trade-Unionsbewegung kaum dazu geeignet halten, an einer Untersuchung theilzunehmen, die schlimmer als nutzlos sein muß, wenn sie nicht zu einer Verbesserung der Lage derjenigen führt, die die Trades Unions vertreten.“ Und: „Alles in Allem ist die Kommission nicht derart zusammengesetzt, der Arbeiterklasse Vertrauen einzufößen, sie geht daher unter unverkennbar ungünstigen Umständen an ihr Werk.“

So ein Organ der Partei, deren Führer — Lord Hartington selbst ist. Es tröstet sich zum Schluß damit, daß, wenn die Arbeiter dafür sorgen, daß recht viel und tüchtige Sachverständige aus ihren Reihen vernommen werden, das Material, was die Kommission zu Tage fördern wird, die etwaigen Fehler des Berichts oder der Berichte derselben gutmachen wird. Ein etwas dürftiger Trost, aber er kennzeichnet die Sachlage ziemlich richtig. Das Material, das die Arbeiter vor die Kommission bringen, und die Agitation, welche die Arbeiter während der ganzen Zeit, wo die Kommission tagt, entfalten, wird über das Endergebnis derselben entscheiden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 15. April.

Die Debatte über das „Arbeiter-Schutzgesetz“ wird vom Reichstag heute bei § 134d wieder aufgenommen, der in der Kommissionsfassung also lautet:

Vor dem Erlaß der Arbeitsordnung oder eines Nachtrags zu derselben ist den in der Fabrik, oder in den betreffenden Abteilungen des Betriebes beschäftigten großjährigen Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich über den Inhalt derselben zu äußern.

Für Fabriken, für welche ein ständige Arbeiterausschuss besteht, wird dieser Vorbericht durch Anhörung des Ausschusses über den Inhalt der Arbeitsordnung genügt.

Die sozialdemokratische Fraktion hat Streichung des zweiten Absatzes beantragt.

Abg. Dreßbach wies nach, daß der Paragraph in der Kommissionsfassung eine bedeutungslose Floskel sei. — Die Unternehmer würden sich um den Willen oder eine Meinungsäußerung der Arbeiter nicht kümmern, wenn sie nicht gezwungen seien, Rücksicht darauf zu nehmen, wie der sozialdemokratische Antrag dies bezwecke. Gegen Dreßbach wendet sich Döschhäuser, um die scharf von diesem kritisierten Herren Arbeitgeber zu verteidigen und weiß zu waschen. Es gebe auch Arbeitgeber, die auf die Meinung ihrer Arbeiter Rücksicht nehmen — er kenne Arbeitgeber, die sehr wohl wüßten, daß ihre Arbeiter Sozialdemokraten seien, ihnen das aber nicht als Verbrechen anrechneten, weil die Leute auch gute Arbeiter seien. Nachdem dann noch die Abgeordneten Hirsch und Möller — letzterer natürlich noch kapitalistischer als Döschhäuser — geredet, ergriff Dreßbach nochmals das Wort, um Herrn Döschhäuser gründlich abzufertigen. Daß es Fabrikanten gebe, die so gnädig seien, sich von ihren Arbeitern, auch wenn diese Sozialdemokraten seien, bereichern zu lassen, das glaube er gern — man dürfe sich aber nicht auf die gute Laune der Herren Paschas verlassen — man

traf ihn wie ein Keulenschlag. Dann aber rief er: „Gleichviel, auseinander müssen sie!“

„Und warum müssen sie?“ fragte der Pfarrer gelassen. „Die Stasi ist ein stüßames, frommes und fleißiges Mädchen und wenn Euer Ambros noch auf einen guten Weg zu bringen ist, dann geschieht es durch sie. Ihr braucht mich darob nicht so böse anzuschauen. Was ich von dem Mädchen sage, ist die lautere Wahrheit, und sie ist für den Ambros tausend Mal zu gut. Aber das soll alles nicht gelten, weil sie zu ihrem Kopfstücken keinen Geldsack hat, wie Ihr. Jetzt aber sehet Ihr, daß das Geld allein nicht glücklich macht. Was, Mann, würde Ambros Euch sonst den ganzen Bettel vor die Füße geworfen haben?“

„Trotz ih's“, schnob der Klosterbauer. „Aber ich werd's ihm zeigen, daß er damit gegen meinen Willen nicht aufkommt. Sie müssen auseinander.“

Herr Moltenbecher machte mit der Hand eine abwehrende Bewegung und sagte mit einer schärferen Betonung: „Trotz nennt Ihr's, weil er nicht auf Eure sondern auf seine Weise das Glück versteht. In Euch steckt der Trost, Klosterbauer. Ich will Euch auch sagen, was Euch in Eurem Troste steift. Ihr könnt den Spahn nicht vergessen, den Ihr mit dem Kaspar Barseit gehabt habt.“

„Was hat der denn hier zu thun?“ murmelte der Klosterbauer und Herr Moltenbecher fuhr, näher an ihn herantretend fort: „Könnet Ihr's leugnen? Ihr habet dem Kaspar Barseit schweres Unrecht getan und darum haßt Ihr ihn, das ist so der Lauf der Welt. Und Euer Haß auf ihn ist um so giftiger, weil Ihr das Bewußtsein nicht los werdet, daß er von Euch Weiden der bessere Mann war.“

Dem Pfarrer hierin Recht zu geben, war denn doch von dem Dünkel des Klosterbauers zu viel verlangt. Die Berührung des wunden Flecks in ihm veranlaßte ihn, nur um so proziger sich zu gebahren. Er stellte sich breit hin, zuckte verächtlich mit den Schultern und sagte: „Der? — Aber dazu bin ich nicht hergekommen, Hochwürden.“

„Wirklich nicht?“ fragte dieser mit einem spöttischen Blide und tappte den Klosterbauer bei einem Knopfe seiner

müsse ihnen die Möglichkeit nehmen, ihre Arbeiter zu ver-gewaltigen.

Der Reichstag nahm indes trotz dieser Ausführungen den Paragraph in der Kommissionsfassung an.

Der folgende § 134e lautet in der Regierungsfassung:

Die Arbeitsordnung, sowie jeder Nachtrag zu derselben ist binnen drei Tagen nach dem Erlaß in zwei Ausfertigungen unter Beifügung der Versicherung, daß der Vorbericht des § 134d genügt ist, der unteren Verwaltungsbehörde einzureichen.

Die Arbeitsordnung ist an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle auszuhängen. Der Auszug muß stets in lesbarem Zustande erhalten werden. Die Arbeitsordnung ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung zu behändigen.

Hierzu haben die Sozialdemokraten beantragt, dem Absatz 1 folgende Fassung zu geben:

„Die Arbeitsordnung, sowie jeder Nachtrag zu derselben ist unter Mittheilung der seitens der Arbeiter geäußerten Bedenken dem in § 130b bezeichneten Aufsichtsbeamten zur Genehmigung vorzulegen. Gegen die Entscheidung des in § 130b bezeichneten Aufsichtsbeamten ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zulässig.“

Auch diesen sozialdemokratischen Antrag vertrat Dreßbach, dessen Ausführungen von dem Abgeordneten Möller (fortschrittlich) und Böttcher (national-liberal), sowie von dem Regierungskommissar Dr. Wilhelmi bekämpft wurden, welcher letzterer mit fast pathe-maler Pose den Anwalt des Unternehmertums spielte.

Ein von dem Zentrumsmann Schaebler — als Kon-jektion an den sozialdemokratischen Antrag — gestellter Antrag, in Absatz 1 hinter dem Worte „ist“ einzuschalten: „unter Mittheilung der seitens der Arbeiter ge-äußerten Bedenken“

führte zu einer Katastrophe. Bei der Abstimmung konnte das Bureau sich merkwürdiger Weise nicht einigen, ob die Ja oder Nein (die Stehenden oder Sitzenden) die Mehrheit hatten, und es mußte ein Hamel sprung stattfinden, der natürlich das Damoklesschwert der Beschlussfähigkeit zum Fallen brachte.

Das Resultat der Abstimmung ist:

110 Abgeordnete haben für, 78 gegen den Antrag gestimmt — es haben also 188 Abgeordnete an der Abstimmung sich beteiligt. Folglich ist das Haus nicht beschlußfähig. Ich schlage vor, die nächste Sitzung um 2½ Uhr am heutigen Tage zu beginnen. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen. An-genommen — also sprach Herr von Levetzow mit ziemlich melancholischer Stimme um 2½ Uhr.

Der Reichstag hatte ¼ Stunde „Ferien“ und zwei Sitzungen an einem Tage.

Die Pause wollen wir zu einem kleinen Exkurs (Gedankenansatz) benutzen. Bekanntlich ist den Sozialdemokraten der Vorwurf gemacht worden, sie trieben Obstruktion. Um die ungeheure Einfältigkeit dieses Vorwurfs zu begreifen, braucht man bloß einen Blick auf diesen Reichstag zu werfen, der nur ausnahmsweise auf wenige Stunden, meist nur auf wenige Minuten in beschlußfähigem Zustande ist. Wenn die Sozialdemokraten Obstruktion trieben, d. h. die Verhandlungen des Reichstages einfach aufhalten und die rasche Abwicklung der Geschäfte verhindern wollten, so würden sie das am wirksamsten durch Auszählungen erreichen können. Würden jedesmal, wenn das Haus nicht beschlußfähig ist Auszählungsanträge gestellt, so würden die Geschäfte des Reichstags seit Monaten stille stehen — und das wäre doch die gründlichste „Obstruktion“, welche überhaupt gedacht werden kann. Die Sozialdemokraten haben aber, außer in den seltensten Fällen, wo es zur Wahrung der Redefreiheit durchaus nöthig war, von ihrem Recht keinen Gebrauch gemacht. Daraus folgt, daß der Vorwurf der Obstruktion, gegen unsere Partei gerichtet, ein durchaus haltloser und frivol ist.

Um ¼ auf 8 wurde die zweite Sitzung des Tages, die hundertste der Session, wie Präsident von Levetzow sauerfüßig ankündigte, eröffnet. Die Abstimmung über den Antrag Schaeblers ergab eine bedeutende Mehrheit für denselben, und mit diesem Zusatz ward hierauf der Paragraph in der Kommissionsfassung angenommen.

Die §§ 134 f und 134 g wurden ohne erhebliche Debatte angenommen. Dieselben lauten:

Joppe. Aber man muß den Teufel zwicken, wann er in Klemeu sitzt. Da ich Euch einmal in der Wähe habe, sollet Ihr mir auch sein gefäubert daraus hervorgehen. Ja, ja, Klosterbauer, wenn Ihr auch all' Euer Geld, Haus, Hof und Vieh zu Euch in Eure Schale nehmet, es brüdet sie nicht gegen die des Barseit herunter. Aber Behauptungen allein thun es nicht, ich will Euch also etwas erzählen! Sehet Euch und höret mir zu!

Der Klosterbauer blieb jedoch stehen und verschante sich hinter seiner hochmüthigsten Miene. Der Pfarrer ließ sich nieder und nachdem er sich das Köppchen auf dem silberweißen Haar zurecht gerückt hatte, begann er:

„Ihr erinnert Euch doch noch des Tages, an dem wir Euer unglückliches Weib zur ewigen Ruhe bestatteten? Gut. Das Trauermahl wurde im Stern gehalten, und Ihr Knecht etwas darauf gehen. Es war ja die Klosterbäuerin, die begraben worden war. Ja, ja, es ging hoch her bei dem Gedächtnismahl. Der Todten gedachte freilich Keiner dabei. Ich habe mir sagen lassen, daß schon die Sterne am Sommerhimmel standen, als die Leidtragenden des süßen Weines voll nach Hause tanzelten. Wären ein schöner Gebrauch, diese Trauermahlzeiten, wenn man dabei der lieben Verstorbenen gedächte; bei Euch aber dienen sie nur dazu, um der Böllerei zu frohnen. Nun, ich hatte mich freilich daonngemacht, und wie ich heimkomme, wer wartet hier auf mich? Der Kaspar Barseit. Was er wollte, Klosterbauer? — Sehet, er hatte die Rathi nimmer vergessen. Er meinte, es gäbe keine größere Sünde auf der Welt als die Untreue, und es war ihm schrecklich, daß Euer Weib mit dieser Sünde auf dem Herzen, zu der Ihr sie verlockt hattet, Klosterbauer, vor ihren ewigen Richter treten sollte. Im Stern merkte man auch, daß wohl kein Jahr vergehen würde und eine neue Klosterbäuerin wüthete auf Eurem Hofe; man trank wohl gar auf das Wohl der künftigen Klosterbäuerin, und der Kaspar Barseit legte mir Geld auf den Tisch, damit ich für Euer verstorbene Weib Messen läse und Fürbitte thäte. Ihr aber habet nicht daran gedacht. Ich denke, Klosterbauer, er war der bessere Mann. Er vergab der Todten ihre Schuld gegen ihn und hat für sie bei Gottes Thron, Ihr aber wolle Euer Unrecht, das Ihr an dem

§ 134 f.  
Arbeitsordnungen und Nachträge zu denselben, welche nicht vorchriftsmäßig erlassen sind, oder deren Inhalt den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderläuft, sind auf Anordnung der unteren Verwaltungsbehörde durch geeignete Arbeitsordnungen zu ersetzen oder den gesetzlichen Vorschriften entsprechend abzuändern.

Gegen diese Anordnung findet binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde statt.

§ 134 g.  
Arbeitsordnungen, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen worden sind, unterliegen den Bestimmungen der §§ 134a bis 134e, 134g Absatz 2, 134 f und sind binnen vier Wochen der unteren Verwaltungsbehörde in zwei Ausfertigungen einzureichen. Auf Änderungen dieser Arbeitsordnungen und auf die seit dem 1. Januar 1891 erlassenen Arbeitsordnungen findet der § 134d Anwendung.

Der nächste Paragraph — 134h — hat in der Kommissionsfassung folgenden Wortlaut:

Als ständige Arbeiterausschüsse im Sinne der §§ 134b, Absatz 3 und 134d gelten nur:

1. Die Vorstände der Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen oder anderer für die Arbeiter der Fabrik bestehender Kassen-einrichtungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den Arbeitern aus ihrer Mitte zu wählen sind, sofern sie als ständige Arbeiterausschüsse bestellt werden;

2. die Knappschaftskassen von Knappschaftsvereinen für Betriebe, welche nicht den Bestimmungen der Vergesetze unterstehen, sofern sie als ständige Arbeiterausschüsse bestellt werden;

3. die bereits vor Erlaß dieses Gesetzes errichteten ständigen Arbeiterausschüsse, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt werden;

4. solche Vertretungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den volljährigen Arbeitern der Fabrik oder der betreffenden Betriebsabtheilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und gemeiner Wahl gewählt werden. Die Wahl der Vertreter kann auch nach Arbeiterklassen oder nach besonderen Abtheilungen des Betriebes erfolgen.

Dieser Paragraph gab zu einer längeren Diskussion Anlaß. Die Arbeiterausschüsse fanden verächtlich warme Vertheidiger in den Herren Schmidt (Oberfeld), Fortschrittler, Döschhäuser, Nationalliberaler und Großunternehmer, Hirsch (Harmonie-Apostel), Möller, Nationalliberaler und Großkapitalist. „Sage mir, wer Dein Freund ist, und ich sage Dir, wer Du bist.“ — das gilt von Einrichtungen so gut, wie von Menschen. Herr Hirsch entdeckte bei dieser Gelegenheit einen zweiten Kopf für den „sozialdemokratischen Janus“, und die Herren Döschhäuser und Böttcher entdeckten in diesem Paragraph mit seinen Arbeiterausschüssen sogar die Lösung der sozialen Frage, wenigstens die Beendigung des Klassenkampfes. Die absolute Werthlosigkeit dieser Einrichtung, die bekanntlich nicht obligatorisch sein soll, wurde von Döschhäuser nachgewiesen.

Von Anderem abgesehen, werden dieselben nur von solchen Arbeitgebern eingeführt werden, die sich ohnehin mit ihren Arbeitern gut finden, und die anderen Arbeitgeber werden die Ausschüsse nicht einführen. In der Debatte kam es zu verschiedenen Seitenprüngen, die das Einschreiten des Präsidenten veranlaßten. Und ein hochhaftes Verhängnis sagte es so, daß die drei Redner, welche sich am Eifrigsten auf die Sozialistenabteilung verlegten: die Herren Schmidt, Hirsch und Möller, der Präsidialpolizei zum Opfer fielen — ein schlechtes Omen für die Paladine der wackelnden Staats- und Gesellschaftsordnung.

Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr. —

Ueber das Komplott gegen die deutsche Arbeiter-Klasse liegen weitere Presstimmen vor. Der „Reichs-Anzeiger“ und die hiesigen Offiziösen, so die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schweigen noch immer, dagegen äußert sich das offizielle Organ der Königl. sächsischen Regierung, des sächsischen Unternehmertums hätten wir fast gesagt, die „Leipziger Zeitung“ in dem ihr eigenen „anständigen“ Tone. Sie nennt den Titel unserer Publikation einen „Nabau-Titel“. Das sächsische Amtsblatt findet in dem Vorgehen der Unternehmer weder etwas Anstößiges, noch etwas Ungeheures. Ja, wenn es sich um Arbeiter handeln würde, dann wäre es freilich anders.

Fast wörtlich gleichlautend, abgesehen von den in der

Manne begangen hat, noch heute nicht einsehen, verfolgt den Unschuldigen mit Eurem Haß noch über das Grab hinaus und wolle ihm sogar noch sein Kind opfern.“

Er selbst war gerührt von dem schönen Hergenzuge Barseit's, den er berichtete, und in seinen Augen glänzte ein feuchter Schimmer. Der Klosterbauer jedoch schaute förmlich finster zu Boden. Ehe er sich durch den Todten für überwunden erklärt hätte, würde er den Kopf lieber auf den Nichtsack gelegt haben. Es schärft seinen Haß nur, daß der Pfarrer den Verstorbenen über ihn stellte, und zugleich fraß der Born an seinem Herzen, daß er sich wie ein Schulbube herunterputzen lassen mußte, ohne darin fahren zu können. Er schmißt es Ambros auf das Kerbholz.

„Nehmt Euch also ein Beispiel“, fuhr der geistliche Herr fort, nachdem er eine Weile vergebens auf eine Keuferung des Klosterbauers gewartet hatte. „Lasset Euren Groll fahren und gebet den Deutschen Euren Segen.“

„Auseinander müssen sie“, stieß der Klosterbauer jetzt wild heraus und stampfte mit dem Fuße.

„Ihr schwähet wie ein Staarmag immer dasselbe Wort“, walle auch der Pfarrer auf.

Der Klosterbauer war jedoch zu keiner Versöhnung zu stimmen, und das Vergebliche seiner Bemühungen erkennend, entließ ihn endlich der Pfarrer mit einem Seufzer.

Vor der Stubenthür empfing Besa, den Finger auf den Mund gelegt, den Bruder und wolle ihn nach ihrem Stübchen ziehen. Er aber schüttelte sie rücksichtslos von sich ab und stieß in seinem Born Worte gegen Ambros und Hannes aus, daß der alte Herr, der sie deutlich vernahm, erschrocken ein Kreuz schlug, und wie er nach seinem Pöse zurückging, trat er auf, als wolle er das Gedül unter seinen Schuhsohlen zermalmen.

Besa's Herz war von dem Erlauchten zu voll, um nicht nach einer theilnehmenden Seele zu verlangen, und sobald Herr Moltenbecher sich zum Mittagsschläfchen hin-gelegt hatte, eilte sie nach der Stübchen.

Sie fand Arigaya und seine Frau in der Wohnstube und statt des Grüßes warf sie sich mit dem Jammerruf auf den nächsten Stuhl: „Ach, das Unglück!“ (Fort. L)

Redaktion der „Leipziger Zeitung“ gemachten Schlussbemerkungen ist der Bericht des Berliner Korrespondenten der Münchener „Allgemeinen Zeitung“. Beide scheinen der „Nationalliberalen Korrespondenz“ aufgenommen zu sein.

Die „Weslauer Zeitung“ benützt den Bericht der „Boschischen Zeitung“ und hält mit eigenem Urtheil nach z. u. d. Nebenlich verfährt auffallender Weise die „Frankfurter Zeitung“, welche lediglich über die Aeußerungen einiger Berliner Blätter berichtet. Auch das Organ der hannoverschen Unternehmern, der „nationalliberale „Sannoverische Courrier“, glaubt, mit ein Paar nichtsagenden Angriffen auf unsere Partei die gewichtigen Altentstände abthun zu können. Nun, helfen wird dies den Hannoveranern doch nicht, die Diebe sitzen bei Herrn Rötting und seinen in Amt und Würden befindlichen Verbündeten genau ebenso wie bei Herrn Kühnemann u. Co.

Von Berliner Preßstimmen haben wir noch zu erwähnen das „Städterische Volk“, welches trotz oder wegen seines „sozialmonarchischen“ Standpunktes an den Praktiken der Herren Kühnemann und Konforten nichts anzufehen weiß, dann das „Kleine Journal“, das lauzipetische Blatt Berlin's, das, da es doch so gerne Bestechungen von Banken annimmt, gar nichts darin sieht, daß die Polizei 8000 M. von Herrn Kühnemann erhält. Hoffentlich berücksichtigt Herr Kühnemann in der Aufstellung seines Budgets nächstens das „Kleine Journal“. In eine Polemik mit diesem ebenso unwillkürlichen wie unangenehmen Blatte lassen wir uns aus Meinlichkeitsrücksichten nicht ein.

Zum zweiten Male kommen auf unsere Enthüllungen die „Post“ und das „Berliner Tageblatt“ zu sprechen. Ersteres Blatt eifert die Unternehmern an, ihre ungeschicklich operirenden „Organisationen nach allen Richtungen zu vervollständigen, zu kräftigen und aktionsfähig zu machen.“ Das „Berliner Tageblatt“ findet an den Zwecken des Unternehmern-Verbandes durchaus nichts zu tadeln, charakterisirt sie vielmehr im Gegentheil als erstrebenswerth, meint aber doch, daß er über das Ziel hinausgeschießt, da er selbstherrlich über Verdrängung des Streiks entscheiden will und die Arbeiter nur noch mehr verdrängt, die überall Gemüthsregeln zwingt, ihre Zeit der Agitation zu widmen. Die Folgen sind dem Organ des Herrn Mosse unerwünscht, aber verwerflich erscheint ihm das Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse nicht.

Ein hiesiges Sensationsblatt bringt die Nachricht, „Herr Geheimrath Camp“, einer der hohen Beamten des Handelsministeriums, sei in Verhandlungen mit den Führern der sozialdemokratischen Fraktion getreten, um diese zu veranlassen, einen Antrag gegen den Terminhandel an der Börse im Reichstag einzubringen. Natürlich ist diese Nachricht ebenso erlogen wie die eines phantastischen Reporters, der Diebstahl sagen ließ, der preussische Finanzminister Miquel habe mit der sozialdemokratischen Fraktion in Verhandlungen treten wollen. Und da aller guten Dinge drei sind, so sei auch gleich die Mittheilung eines hiesigen Blattes, „sozialdemokratische Führer seien zu einer Konferenz zusammengetreten, um Maßregeln gegen den Getreidemacher an der Börse zu beraten.“ — in das nämliche Reich der Sensations- und Tendenzlüge verwiesen. Die Sozialdemokraten wissen, daß der Kornmüller in erster Linie von dem junkerlichen Agrarier-Ring gepflegt und organisiert wird, und daß also vor Allem dieser Ring gesprengt werden muß. — Und dazu thut die Sozialdemokratie das Ihrige. „Der Giftbaum“ ist nur die Eiterbeule des kranken Gesellschaftskörpers — und solche Eiterbeulen kann man nicht beseitigen, ohne daß der Gesamtorganismus gründlich geheilt und gereinigt wird. Geschieht dies aber, so verschwinden sie von selbst, während umgekehrt der Versuch, die Eiterbeulen ohne eine solche gründliche Kur des Organismus zu entfernen, die Krankheit nur verschlimmert und den Gesellschaftskörper noch mehr verseucht.

Herr Eugen Richter, dieser Ex-Bourgeois ist recht böse, daß man anscheinend Maßregeln gegen die Börse zu treffen suchen soll. Er gönnt zwar den Agrariern nicht die Gewinne aus den Schutzzöllen, aber wohl den mit Getreide spekulirenden Foulenspielern ihre Börsendifferenzen. Wenn der Staat den Börsenspieler das Handwerk zu legen versuchte, dann wird Richter die Welt anrufen zur Vertretung, der heiligsten Interessen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, der Freiheit des Börsenspiels.

„Größere Massen oder bessere Ausbildung?“ — wird die Frage, vor welcher jetzt unser Heerwesen steht, von einem Militärschriftsteller in der „Kriegszeitung“ formulirt. Die Formulirung ist falsch. Da der Zweck der deutschen Wehreinrichtungen vom militaristischen Standpunkte aus der sein muß, den beiden Militärmächten von denen wir flankirt sind, gleichzeitig die Spitze bieten zu können, und da diese beiden Militärmächte eben so gut wie wir im Stande sind, den Soldaten eine „bessere Ausbildung“ zu geben, so kann selbstverständlich die „bessere Ausbildung“ allein nicht genügen, — es müssen auch „größere Massen“ mit dieser „besseren Ausbildung“ versehen sein.

Da nun aber die „größeren Massen“ bei guter militärischer Ausbildung unter dem heutigen Militärsystem nicht zu beschaffen sind, ohne daß der Staatsbankrott binnen kürzester Zeit herbeigeführt wird, so ist das herrschende Militärsystem einfach seiner Aufgabe nicht mehr gewachsen, und wir müssen zu einem anderen System greifen, das uns „größere Massen“ giebt, nämlich das gesammte wehrfähige Volk in Waffen — und zu gleicher Zeit, durch ein gutes, die Entwicklung der Körperkraft und Körpergewandtheit systematisch pflegendes Erziehungssystem, auch eine „bessere Ausbildung“, — (namentlich weit bessere Marsch- und Schießfertigkeit als heute) — nämlich die allgemeine Volkswaffenung in ähnlicher Weise, wie die Schweiz sie hat.

Die richtige Formel lautet also nicht: „größere Massen oder bessere Ausbildung, sondern „größere Massen und bessere Ausbildung.“

Und dieser Aufgabe ist, wie gesagt, der Militarismus nicht gewachsen; gleich der kapitalistischen Gesellschaft, deren Kind er ist, muß er an seinen eigenen Konsequenzen zu Grunde gehen.

Erst im Dezember soll das Ergebnis der deutsch-österreichischen Handelsvertrags-Verhandlungen bekannt gemacht werden, da im Interesse eines günstigen Ergebnisses mit den anderen Staaten, — die die

begünstigung zugestanden, ist oder werden soll, eine frühere Bekanntgabe, wie wir rückhaltlos zusehen, nicht angeht. Interessant ist, daß die Verhandlungen mit Italien, der Schweiz, Rumänien und anderen Staaten von Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinsam in Wien geführt werden sollen. Spricht dies auch nicht für ein Bollwunder, so doch für eine sehr bedeutende wirtschaftliche Annäherung zwischen den beiden großen Staaten.

Nach einer der Bestätigung wohl bedürftigen Information der „Boschischen Zeitung“ bereitet die österreichische Regierung einen Gesandtschaftsreise nach Wien und Kassel vor. Wir zweifeln hieran, da die österreichische Regierung so stark von der Niederdrückung der Arbeiterbewegung in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit bleibt, auch nur den ärgsten Auswüchsen des Kapitalismus entgegenzutreten.

Die „Wilden“ sind doch bessere Menschen. Ein Pariser Korrespondent der „Boschischen Zeitung“ schreibt:

Die Mittelklasse sieht dem 1. Mai mit weit geringerer Besorgnis entgegen, als im vergangenen Jahre. Die Gedanken machen ihren Weg. Selbst Rentner mit runden Bäcklein und leise Lädenbesitzer schlagen bei der Achtstundentag-Forderung nicht mehr ein Kreuz und wenn die Arbeiter am 1. Mai sich darauf beschränken, mit Fahnen, Blumen und Gesang über die Boulevards zu ziehen, werden die meisten Vorübergehenden mit hohem Hut und Heberzieher sie eher wohlwollend als mit Haß ansehen. Es scheint, daß auch die Behörden nicht dieselbe „Schneidigkeit“ gegen sie anwenden werden wie im vorigen Jahre, und mancher Ort wird man sogar Stadtvertretungen im Zuge mitgehen sehen.

Und mit dieser heiteren „Wurstigkeit“ der französischen Rentner und Lädenbesitzer vergleiche man das mitleid-erregende Zitterfieber, in das unser christlich germanisches Muster- und Angstbürgerthum regelmäßig geräth, wenn von dem Achtstundentag und der Meise die Rede ist.

Die schwedische Regierung hat eine Kommission niedergesetzt, welche Vorschläge über eine etwa erforderliche veränderte Arbeiterschutz-Gesetzgebung in Betreff der Verwendung Minderjähriger in Fabriken zu untersuchen soll. Anlaß hierzu haben theils gewisse Wünsche gegeben, welche die Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Thätigkeit Minderjähriger in Fabriken, im Handwerk und in den Betrieben betreffen, theils auch die Erörterungen der Fragen, betreffend die Regelung der Arbeit in industriellen Unternehmungen und Gruben, aus der im vorigen Jahre in Berlin abgehaltenen internationalen Konferenz, an welchen Erörterungen sich auch Vertreter Schwedens beteiligten. Die Kommission soll sich insbesondere auch darüber aussprechen, ob und in welchem Umfange die von der Berliner Konferenz angenommenen bezüglichen Grundsätze in Schweden zur Geltung zu bringen sind. Zu Mitgliedern der Kommission sind berufen: Landeshauptmann de la Gardie als Vorsitzender, Fabrikant A. Almqvist, Redakteur Beckmann, Fabrikant Blomberg, Professor Lovén, Sekretär der landwirtschaftlichen Akademie, Fabrikdisponent Tham und ein Arbeiter.

Ueber die belgische Verfassungsfrage liegen folgende neue Meldungen vor:

Die Rechte der Repräsentantenkammer trat heute Vormittag zusammen, um über die Frage bezüglich der Verfassungsrevision zu beraten. Die Mitglieder verpflichteten sich auf Ehrenwort, über die gefassten Beschlüsse Stillschweigen zu beobachten. Aus einzelnen Aeußerungen ist indessen zu entnehmen, daß die Rechte die Nothwendigkeit einer sofortigen Verfassungsrevision zugegeben hat, daß sie es aber ablehnt, die sogenannten Kapazitätsmaximen (d. h. die Wahlen auf Grund eines Bildungszensus) anzulassen.

„Große Belge“ versichert, der Ministerpräsident Beernaert hätte heute in der Versammlung der Rechten erklärt, er sei entschlossen, die Kabinettsfrage zu stellen, sobald die Frage der Verfassungsrevision vor die Kammer gebracht würde.

Von dem belgischen Dynamitfund ist es auf einmal ganz still geworden. Es hat sich nämlich, wie wir aus französischen nicht sozialistischen Blättern erfahren, vor Gericht herangebracht, daß es sich um einen ganz ordinären Diebstahl handelt, wie deren in Belgien allein Tausende das Jahr vorkommen, und daß die Politik mit der ganzen Sache gar nicht das Mindeste zu thun hat. Die Sozialisten und das fürchterliche Mordkomplott wurden von der biedereren Ordnungspresse einfach zugeflogen. Bei den Jesuiten des Kapitalismus, die weit schlimmer sind als die des Katholizismus, gilt erst recht der Satz: der Zweck heiligt das Mittel. Und bei ihnen führt dieser Satz noch zu einer weit verwerflicheren Praxis, weil der Zweck, den sie verfolgen, ein durchaus gemeiner ist, indem er nur auf die niederste Selbst- und Habgucht hinausläuft, was von dem Katholizismus doch nicht gesagt werden kann.

Uebrigens bestätigt sich unsere Vermuthung, daß in Belgien die Volkspolizei stark an der Arbeit sind — sie werden aber von der sozialistischen Polizei bis dato gut überwacht.

Der Generalrath (entsprechend unseren Provinzial-Landtagen) des französischen Departements der Rhonemündungen (Marseille) fasste folgende Beschlüsse: 1. Die öffentlichen Gewalten sollten die jetzt alljährlich wiederkehrenden Arbeiterkundgebungen nicht verhindern, sondern ruhig geschehen lassen, um zu zeigen, daß sie die Bedeutung der Arbeiterwelt würdigen und bereit sind, die von den Kundgebungen gestellten, auf Gründung einer Arbeiterrepublik bezüglichen Fragen zu studiren und zu lösen; 2. sollten die Kammern sobald als möglich ein Gesetz beraten, welches den Arbeitern beiderlei Geschlechts französische Urprüfungen nach 30 Jahren Arbeit ausreichende Altersrente sichert.

In Portugal ist neuerdings eine Ministerkrise ausgebrochen.

In einem Briefe an den zur Zeit in Kansas City tagenden Handelskongress der südlichen und westlichen Unionsstaaten erklärte Präsident Harrison, es seien schon bedeutende Erfolge betreffend die Aufhebung des Verbotes der Einfuhr von amerikanischem Fleisch und Vieh in Europa erzielt worden; er hoffe auf einen betriebligen Abschluß der Verhandlungen, sobald die jetzige Viehbeschau in den betreffenden Ländern bekannt werde.

## Korrespondenzen und Parteinarbeiten.

Marburg, 14. April. Mit Herrn Bödel beschäftigt man sich nicht gern. Denn der Politiker Bödel ist der Lapus der Antisemit aus Profession und ohne irgend welche persönliche Bedeutung, es sei denn die, daß ihn an Tollheit seiner Logik keiner übertreffen kann; und der Mensch Bödel ist von einer solchen Qualität, daß seine besten Freunde, z. B. die „Staatsbürger-Zeitung“, schwören, wenn auf ihn die Rede kommt. Aber dieser Mensch ist in seinem Blatte so dreist, namentlich der Sozialdemokratie gegenüber, daß es doch einmal angebracht ist, wenn wir von einigen noch nicht bekannten neueren Thaten dieses „Parteiübers“ Mittheilung machen. Der Klimentenprozeß Bödel's ist allbekannt; weniger dagegen, daß ihm hiesige Antisemiten das Geld gaben, um den Prozeß aus der Welt zu schaffen. Bödel sucht aber den Prozeß von amore durch und entstande beinahe zum Gerichte behufs seiner Vertretung seine junge Frau. Aus diesem Verfahren entsprangen Differenzen Bödel's mit manchen seiner Gesinnungsgenossen, und es kam zu zahlreichen Vereinigungen, bei denen immer der eine Verein die Beschuldigung des anderen zur Aufgabe hatte; dazu gehören der Wahlverein, der kirchliche Bauernverein, der mitteldeutsche Bauernverein nebst etlichen Konsumvereinen, der kirchliche Zentral-Konsumverein u. s. w. Den Grundsatz, über ihm übergebene Gelder nie Rechenschaft abzulegen, hatte Bödel inzwischen konsequent ausüben gelernt. Als ihn darüber u. A. einmal in der „Arbeiter-Chronik“ eine Korrespondenz aus Marburg angriff, lautete seine Antwort im „Herold“, daß alle Gelder, die an ihn einz gingen, seiner unbeschränkten Disposition unterständen. Ein anderes Mal wurde die Ansicht laut, daß Herr Bödel mit seinem „Herold“ gute Geschäfte machte; diesmal legte er Rechnung — über die Ausgaben, aber nicht über die Einnahmen. Die Minderdebatten unter den Antisemiten meinten daher, daß Bödel große Opfer bringe.

Wie es sich aber damit verhält, zeigt die Thatsache, daß Bödel, der vor 8 Jahren Nichts besaß, jetzt nicht bloß eine eigene Dreuderei hat, sondern auch ein Haus gekauft hat und sich jetzt dazu ein Hinterhaus baut, in welchem er die Dreuderei unterbringen will. Dabei hat Bödel in diesen 8 Jahren Nichts betrieben, als seine Agitation, die Judenbege. Das scheint bei der Agitation heraus zu kommen. Bödel arbeitet in dieser Hinsicht „nach berühmten Mustern“, wenn er es auch als kleiner nur in kleinen betreiben kann. Wir geben ihm aber in seinem Interesse den wohlgemeinten Rath, unpassende Angriffe auf die Sozialdemokratie und Verleumdungen gegen deren Vertreter sernerhin zu unterlassen.

Eichenbarleben. Am Sonntag, den 12., hielt Pastor Claasen hierseits in öffentlicher Versammlung einen Vortrag über die Entwicklung der Sozialdemokratie. Ein Bureau ward nicht gewählt. In früheren Versammlungen des Herrn Pastors waren auch die Herren Großhauer und Oetomann erschienen. Letzten Sonntag aber blieben sie aus, woraus Herr Pastor Claasen lernen konnte, welchen Illusionen er sich hingiebt, wenn er meint, es ließen sich die schmerzhaften entgegengegesetzten Interessen der Unternehmern und Arbeiter durch schöne Worte von Harmonie und durch sanfte Gesühle des Friedens und milde Gedanken ausgleichender Gerechtigkeit ausöhnen. Von den Anwesenden (Arbeitsmännern und Arbeitern) hörten nur wenige den an sich durchaus interessanten und verhältnismäßig sachlich gehaltenen Vortrag aufmerksam an, die Mehrzahl sah theilnahmslos da. Der Herr Pastor spricht viel zu „vornehm“, braucht ohne Erklärung Fremdwörter und Namen, die die Wenigsten verstehen und behandelt die Dinge überhaupt, als entwidete er sie vor Kundigen. Diesen Eindruck hatten wenigstens eine Reihe Magdeburger Genossen, sowie auch der in dieser Abendversammlung gleichfalls erschienene Genosse Peus aus Berlin. Im Uebrigen waren die Genossen sich darüber einig, daß von gegenseitiger Seite kaum in grandioserer Weise der Sozialdemokratie vorgearbeitet werden könne. Offenbar im Anschluß an Rudolph Weyers Emanzipationskampf des vierten Standes, schilderte Herr Pastor Claasen hauptsächlich Lassalle's Wirken, für den er mit anerkannter Wärme eintrat. Beim Uebergang zur Darstellung der Internationalen hob er dann als Vorgang der Lassalle'schen Bewegung hervor, daß sie sich im nationalen Rahmen gehalten habe und meinte in der Internationalität der Sozialdemokratie von heute die böse Seite derselben erblicken zu müssen. Mit dem üblichen Appell an den Patriotismus schloß ab dann Herr Pastor Claasen seinen Vortrag. Jetzt bat Peus uns Wort, welches ihm Pastor Claasen gestattet, wenn er nicht agitare wolle. Abdam hielt Peus dem Vortragenden die Verfehrtheit vor, die Sozialdemokratie aus den Köpfen ihrer Führer entstehen zu lassen, wodurch ihm das eigentliche tiefere Verständnis entgehe. Und ferner sprach Peus seine Verwunderung darüber aus, daß ein Vertreter des Christenthums, das doch sicherlich im Gegensatz zum damaligen jüdischen Nationalegoismus international sein wollte und wollte, sich an der Internationalität der Sozialdemokratie stoßen und dem Nationalegoismus (Herr Pastor Claasen ließ natürlich auch antisemitische Tendenzen durchblicken) das Wort reden könne, ganz abgesehen davon, daß das ganze moderne Produktionssystem die Internationalität notwendig brauche. Als dann aber Peus die wirtschaftliche Entstehung der Sozialdemokratie nachweisen wollte, unterbrach ihn Pastor Claasen, da er wohl fürchtete, daß die Aeußerungen des Genossen Peus auf die Versammlung unerwünschten Eindruck machen könnten, und zerbrach die Rede durch Erregung der patriotischen Gefühle, welche dann auch durch Andrus's einiger Schreier ihre besondere Charaktereigenthümlichkeit erwieisen. Aber der Sozialdemokraten waren genug da, um das Hauswesen ein wenig zu erschauern. Das besonders Mißfallen einiger älterer Gegner erregten dann noch zwei jüngere, aber sehr schlagfertige und begeisterte Genossen, die sich nicht gescheut hatten, von Magdeburg heranzukommen, trotzdem sie in der Nacht drei Stunden Weges zu Fuß zurück machen mußten. Herr Pastor Claasen trug kein Bedenken, den jungen Genossen die Worte „auwendig gelernter Kram“ entgegenzuwerfen, obwohl er doch hätte überlegen müssen, daß ein Sachkundiger ihm in derselben Weise hätte dienen können. Aber freilich, daß ist ja das Durchbare und Entschenerogende für unsere Gegner, daß die Jugend heute eine ganz anders aufgefärbt ist, als früher, und daß man schon eine bedeutende Portion Wissen haben und im Denken tüchtig geschult sein muß, wenn man als Lehrer von ihr anerkannt sein will. Unter der Versicherung, daß Herr Pastor Claasen durch seine Thätigkeit uns ganz vorzüglich vorarbeiten und daß wir nicht verlesen werden, zur Ernte zu erscheinen, schieden die durch ihre bloße Wort gefälligen Genossen von Herrn Claasen, der mit seinen Freunden auch eine Pfleier, aber in „nationalem“ Geiste verankert ist. Uns kann recht sein. Der guten und gerechten Sache dient Alles und Jedes zum Besten.

Osnabrück, 14. April. Zum Arbeiterfeste am 3. Mai hat die Stadtbehörde die landwirtschaftliche Halle zur Verfügung gestellt. Die Vorbereitungen zu einer würdigen Feier sind im Gange. Die Genossen aus den Landorten beabsichtigen, auf Wagen, die mit Tannen- und Laubholzweigen geschmückt sind, zum Feste zu erscheinen. — Am Abend des 1. Mai spricht hier Rechtsanwalt Gutzstein aus Karlsruhe.

Worms, 13. April. In den benachbarten Orten Dill-Weisenstein und Brödingen fanden gestern Nachmittag öffentliche Versammlungen statt, in welchen Redakteur Gölz aus Osnabrück Vorträge hielt. Beide Versammlungen erstreuten sich eines zahlreichen Besuches und guten Erfolges.

### Theater.

Donnerstag, den 16. April.  
**Spernhaus.** Der Widerspänstigen Zähmung.  
**Schauspielhaus.** Das Käthchen von Heilbronn.  
**Gesung-Theater.** Ultimo.  
**Berliner Theater.** Schulbig.  
**Deutsches Theater.** Faust's Tod.  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.** Saint Cyr.  
**Wallner-Theater.** Des Teufels Weib.  
**Königs-Theater.** Der selige Loup.  
**Viktoria-Theater.** Die sieben Raben.  
**Volksalliance-Theater.** Gavaut, Minard u. Co. Vorher: Die Obakiste.  
**Ostend-Theater.** Ariel Koosta.  
**Thomas-Theater.** Der Millionenbauer.  
**Adolph-Graß-Theater.** Adam und Eva.  
**Kaufmann's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebr. Richter's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.  
**Wintergarten.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

**Stabliffement Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungsmusik.**  
 Direktion A. Ködman.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.  
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.  
 Spezial-Ausgang von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 F. Müller.

**Gratweil'sche Bierhallen**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Täglich:  
**Grosses Concert**  
 ausgeführt von der Kapelle des Musik-Direktor S. Sanftleben unter Mitwirkung des Opernsängers u. Konzertmalers Signor Traviaki aus Rom.  
 Empfehle zugleich meinen Frühstücks- und reichhaltigen Mittagstisch, sowie 6 Villards, 3 Regelmäßigkeiten und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.  
 F. Sadtke.

**Passage-Panopticum.**  
 Unter d. Linden 22/23.  
**Knabe mit 2 Köpfen.**  
**Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.**  
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

**Castan's Panopticum.**  
 Jetzt: Friedrichstr. 165.  
 Neu:  
**Azteken.**  
 im Laboratorium.  
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.  
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

**Welt-Restaurant.**  
 97. Dresdenerstraße 97.  
 Tägliches Auftreten der Norddeutschen Sänger, (7 Personen), sowie der Duetlisten Geschw. Waldmann.

**Rheinländischer Tunnel,**  
 gen.: „Die fidele Nagelkiste“  
 Berlin N., Essenerstrasse 73,  
 gegenüber der Vergstraße.  
 Ausschank von vorz. Lagerbier à Seidel 10 Pfg.  
 bei guter musikalischer Unterhaltung u. aufmerksamer Bedienung.  
 Unermüdliche Kneiperrei.  
**H. Schulze (mit u. h.).**  
 Bestellungen auf Musik für jedes Vorkommnis werden im Lokal entgegengenommen. 563L

**Größt Gründer's Festhale**  
 (vorm. Schnogelsberg)  
 Hofenstraße 21 und Zahnstraße 8.  
 Jeden Sonntag, Montag und Mittwoch: Fall in drei Sälen. Säfte bis zu 8000 Personen zu Festlichkeiten, Vereinen und Versammlungen zu kulantesten Bedingungen. 186b  
 Sommer-Anhänge werden gut und billig aufgearbeitet Neue Jakobstr. 5, I. Seitenf. 2. Ausgang 3 Tr. rechts. 92b

## Arbeiter-Bildungsschule

Den Mitgliedern und Beitragsammlern zur gest. Kenntnissnahme, daß vorläufig keine Unterrichtskarten mehr ausgegeben werden können, da die vorhandenen Schulräume schon jetzt überfüllt sind. Um einen geordneteren Gang des Unterrichts, als es bei einem so großen Andrang von Teilnehmern möglich war, zu gewinnen, wird der Vorstand — wenn möglich, noch in dieser Woche — zwei größere Lehrräume einrichten; und zwar einen für den Norden (Wedding oder Adersstraße), und einen für den Südosten (Luisen- oder Kottbuscher-Platz). Diejenigen Mitglieder, welche bereits Unterrichtskarten gelöst haben und wegen Ueberfüllung der Räume keinen Einlaß fanden, werden darauf besonders hingewiesen.

103/14 Der Vorstand.

## Achtung! Achtung! Glaeser-Gesellschaft Berlins u. Umg.

Schmiedel's Festsäle (früher Orpheum), Alte Jakobstr. 32.  
 Sonnabend, den 18. April:  
**Feier des ersten Stiftungsfestes,**  
 bestehend aus Festrede, Tanz und Vorträgen.  
 Billets sind bei den Vereinsmitgliedern, sowie bei Stramm, Mitterstraße 123, zu haben. Für diejenigen Vereinsmitglieder, welche nach Ausweis des Arbeitsvermittlers arbeitslos sind, gelangen Freitag, den 17. April, Abends von 8-9 Uhr, Eintrittskarten zum Stiftungsfest unentgeltlich zur Ausgabe. Anfang 9 Uhr. Um zahlreichen Besuch bittet Das Vergnügungs-Komitee. J. A.: P. Förster.

## Große öffentliche Versammlung aller Zivil-Berufs-Musiker Berlins und Umgegend

am Freitag, den 17. April, Nachmittags 3 1/2 Uhr, in der Granerei „Königsstadt“ (Schönhauser Allee).  
 Tagesordnung: 1. Berichterstattung der zur Ausarbeitung der Statuten gewählten (Jäger-)Kommission. 2. Beratung und Beschlußfassung in Betreff des Statuts. 3. Verschiedenes.  
 Zur Deckung der Unkosten findet Teller-Sammlung statt.  
 245 b Der Einberufer: G. Schöner, Bernauerstr. 30, II.

## Avis für Arbeiter-Gesangsvereine.

Bieder für 4stimmigen Männerchor in reicher Auswahl. U. A.: Die **Marseillaise**, Preis 10 Pfg. pr. Partitur. Neu! „**Lob des Arbeiterhandes**“, von Fritz Müller, mit und ohne Orchesterbegleitung zu singen. Preis 10 Pfg. Bundeslied des Arbeiter-Sängerbundes von Hamburg-Altona und errang bei der ersten Aufführung, welcher Genosse Lieblincht bewohnte, eine stürmische Aufnahme. Ferner u. A. folgende Märsche: „Sozialistenmarsch“ (Schon dümmert in der Ferne), „Arbeitermarsch“, „Arbeitermarsch“, „Buch- und Musikalien-Handlung von Franz Diederich, Hamburg, Hammerbrookstr. 86, H. 5. (Reichsbibliothek für Theaterstücke. 566L)

Unserem Freunde **W. Rücker** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Deutsche Bank wackelt, von seinen durstigen Kollegen. 299b

**Danksagung.**  
 Allen Freunden und Genossen, welche unserm Sohne, Bruder und Schwager, dem Albumarbeiter **August Lorenz**, zur letzten Ruhestätte geleistet haben, sagen wir unsern innigsten Dank. 244b Die Hinterbliebenen.

**Danksagung.**  
 Für die herliche Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Schankwirths **Gottlieb Böder**, sage ich allen Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank. 249b Berlin, 18. April 1891.  
 Die trauernde Wittwe **M. Mathilde Böder** nebst Kindern.

**Danksagung**  
 für die herliche Theilnahme an der Trauer und bei der Beerdigung meiner lieben Frau und unserer guten Mutter. 242b H. Hoffmann nebst Kindern.

**Versammlung**  
 der Filiale II (Moabit) des Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes im Lokale des Herrn Hermer Schmidt, Perlebergerstraße 28.  
 Tagesordnung:  
 1. Unsere Agitation in Moabit. 270/7  
 2. Diskussion.  
 3. Verschiedenes.  
 Gäste willkommen.  
 Der Vorstand.

**Achtung! Achtung! Töpfer!**  
 Den Kollegen hiermit zur Kenntniss, daß auf dem **Neubau Schlafke, Rixdorf, Bergstrasse 117,** sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt haben. Bitte dieses zu beachten.  
**Erich Feysenberg.**

**Steppdecken!!**  
 größte Auswahl!! am billigsten in **Emil Lefvres Fabrik,** Berlin, Oranienstr. 158. [277L]  
 1 Posten **Schlafdecken** m. kleinen reinw. Federn. Stück 4, 6, 8 und 10 Mark. **Verth das Doppelte!!** Illust. Preisliste gratis u. franco.  
**Kinderwagen.** Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23, 5 P.**

## Aufforderung!

Diejenigen Genossen und Genossinnen, welche an der in den Volksvereinsammlungen zu Friedrichsberg und Stralau beschlossenen am 3. Mai am Bahnhof Straußberg, in dem im Walde gelegenen „**Waldschlösschen**“ abzuhaltenen

## Mai-Feier

theilnehmen wollen, werden aufgefordert, sich spätestens Sonnabend, den 18. d. M. an den nachbenannten Stellen in den daselbst ausliegenden Listen einzetreiben zu lassen und zugleich den Betrag von 60 Pf. pro erwachsene Person für Hin- und Rückfahrt zu entrichten, behufs Erlangung günstigerer Fahrbedingungen. Für genügendes Unterkommen, sowie sonstige Bedürfnisse sind Vereinbarungen getroffen. Die Listen liegen aus:  
 Für Rummelburg bei Ritter, Zigarrengeschäft, Kanfstraße 6.  
 Für Stralau in der Größl. Reischach'schen Brauerei.  
 Für Friedrichsberg bei Lippe, Friedrich-Carlstraße 11.  
 (Sonnabend Abend von 8-10 Uhr.)  
 Jede nähere Auskunft ertheilt der Unterzeichnete.

Wir ersuchen die Genossen, sich recht zahlreich mit den Familien an diesem Ausfluge zu beteiligen, damit die in dem um Bahnhof Straußberg gelegenen Dörfer wohnenden ländlichen Arbeiter sich an einem wirklichen Arbeiterfest beteiligen können und einen wahren Begriff von unserer Demonstration zu Gunsten des Achtstundentages bekommen. 884/14

Das Fest-Komitee.  
 J. A.: Adolf Schulze, Friedrichsberg, Jungstraße Nr. 4.

## Rixdorf! Freitag, den 1. Mai:

## Gr. Volksversammlung bei Niesegk.

Sonntag, den 3. Mai 1891, in den Lokalen der Herren **Niesegk und Barta:**

## Große Maifeier

unter Mitwirkung der Arbeiter-Sänger-Vereinigung von Rixdorf. (8 Gesangsvereine.)  
 Alle Gewerkschaften und Vereine werden gebeten, im Interesse der Sache von einer eigenen Feier Abstand zu nehmen. 885/20  
 Näheres die Programme. Eintrittskarten zur Maifeier sind für beide Lokale gültig. Die Beauftragten.

## Ausverkauf der Damen-Mantelfabrik

**M. Lohrmann,**  
 Müllerstraße 4, Ede Schulzendorferstraße

nach beendeterm Engros-Geschäft ca. 2400 hochlegant ff. i. m. Werkstätten nach neuesten Modellen gefertigte Regenmäntel, Paletots, Jaquets, Fichus, Umhänge u. zu sehr billigen aber festen Preisen. 1169

Unterlasse jede weitere Anpreisung und verweise a. d. guten Ruf meiner langjährig best. Firma a. d. lobenden Referenzen d. Berl. Zeitungen über m. Geschäft.

## Apfelsinen Stück 3 Pf

dännschalige süße Frucht, empfiehlt die Südfrucht-Handlung v. **B. Vehlows**, Lindenstr. 54, 7

**Dr. Hoesch**, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

**Friedrichshagen Köpenick**  
 Scharnweberstr. 22. Müggelheimerstr. 4.  
 Allen Freunden und Genossen empfehle meine Cigarren, Tabake und Galanteriewaaren einer gütigen Beachtung.  
**Carl Maiwald.**

**Für Schmiede.**  
 Eine **Landschmiede** mit guter Rundschaft, guten Gebäuden, 3400 Quadrat-Ruthen Acker und Wiesen, soll wegen Krankheit des Besitzers verkauft werden. Wo, zu erfragen gegen Retourmarke in der Expedition des „**Rostocker Anzeiger**“, Rostock i. M. 54 E

**Marseillaise** wird in kürzester Zeit im Institut Reichenbergerstraße 43 gelehrt.

**Im Tuchgeschäft Oranien-Str. 126. I.**  
 Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots, sowie Damenkleider etc. Auf Wunsch auch gegen Theilzahlungen. 543 L

**L. Körster & D. Delcourt,** Klempner, Wienerstraße Nr. 28, II. Hof.  
 Wir empfehlen uns zur Ausführung aller ins Fach einschlagenden Arbeiten.

**Rohtabak A. Goldschmidt,** Spanbauerstraße 6,  
 an hiesigen Plätze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantiert** Acker brennende Tabake. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt**, Spanbauerstr. 6, am Fackel'schen Markt. [746]

**Alte und neue Stiefel**, große Auswahl. 2 Stand Stellen billig zu verkaufen. Marktgrafenstr. 70 im Keller. **J. Roltzsch.** 207b

**Berliner Parteigenossen!**  
 Gutes Landbrot liefert täglich frisch 240b] **Gaußmann**, Mariendorf.

**Maitrank fl. 0,75.** 552L] **J. Beyer**, Oranienstr. 154.  
 Filiale: Elisabeth-Ufer 47.

**Sophabezüge-Reise**  
 unter Kostenpreis. Fabrik von **Hille**, Zimmerstr. 86, Hof part. 518L

**Platin-Linke** [129b] wohnt jetzt **Reinholdsdorferstr. 23** zahlt die höchsten **Platina-Abfälle.** Preise für

**Brehm's Thierleben, Meyer's u. Bronkhans' Verkon,** u. Bibliotheken kauft u. belehrt **A. Hahnemann**, Kochstr. 56 I, Fernsprech-Nr. 1 4027.

**Bordmayer** auf **Bombas** verlangt 290b] **Lankau**, Dalkescheit. 9.  
**Tischlerlehr. v. Ekan Bab**, Gitschinerstr. 75.  
**Tischlerlehr. v. Ekan Bab**, Gitschinerstr. 75.  
 Zwei kräftige Arbeiter für Pakete tragen werden sofort verlangt bei **[198M] Friedberg & Silberstein**, Elisabeth-Str. 44.  
 Einpacker verlangt **R. Schmidt**, Braune u. Co., Diefenbacherstr. 35.  
 Ein j. Mensch w. das Möbelposteren 3-erl. 3. erst. Eisenbahnstr. 22 b. **Rehmann**

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

99. Sitzung vom 15. April. 11 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Berlepsch, Lohmann. Die zweite Lesung der Gewerbeordnungsnovelle (Arbeiter-Fachgesetz) wird fortgesetzt.

§ 134b schreibt vor, daß vor dem Erlaß einer Arbeitsordnung oder eines Nachtrags zu derselben den in der Fabrik oder in den Abteilungen derselben beschäftigten großjährigen Arbeitern Gelegenheit gegeben werden soll, sich über den Inhalt derselben zu äußern. Für Fabriken, für welche ein ständiger Arbeiterausschuß besteht, wird dieser Vorschrift durch Anhörung des Ausschusses genügt.

Die Sozialdemokraten beantragen, die letztere Bestimmung zu streichen.

Abg. Dreesbach (Soz.) befürwortet diesen Antrag. Die Arbeiterausschüsse genießen das Vertrauen der Arbeiter nicht, weil sie lediglich im Interesse der Unternehmer da seien, von diesen zusammengesetzt seien und eine Initiative überhaupt nicht besäßen. Würde diese Vorschrift Gesetz, so werde den Arbeitern jeder Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsordnung geraubt, während doch der Schein geweckt werde, als ob den Arbeitern tatsächlich ein solcher Einfluß gewährt sei. Wollte man den Arbeitern diesen Einfluß vorerhalten, so erkläre man das lieber gerade heraus, daß man ihnen statt des Brotes einen Stein reichen wolle. Wenn man die gestern gesagten Aeußerungen in Betracht zieht, wenn man erwäge, daß die Arbeitgeber sogar das Privatleben, das Familienleben der Arbeiter überwachen wollen, so ergebe sich, daß hier für die Arbeiter sehr viel auf dem Spiel steht. Soll die Arbeitsordnung für Arbeiter und Arbeitgeber rechtverbindlich sein, wie § 134c vorschreibe, so könne man die vorherige Befragung der Gesamtheit der in der Fabrik beschäftigten Arbeiter gar nicht umgehen.

Abg. Döschhäuser (nl.): Der Arbeitgeber mag die Arbeitsordnung noch so gründlich ausarbeiten, auf die Wünsche seiner Arbeiter noch so viel Rücksicht nehmen, es wird keine Arbeitsordnung zu Stande kommen, welche den verschiedenen Interessen aller beteiligten Arbeiter entspricht. Man muß daher an dem Möglichen festhalten und dies wird im § 134d geboten, der die Frage der Vermittlung zwischen dem einseitigen Standpunkte der Arbeitgeber und der Arbeiter relativ am besten löst. Die Institution der Arbeiterausschüsse habe ich nicht, wie mir der Abg. Bebel impudirt, ins Leben gerufen, sondern ich fand sie schon vor, als ich die Agitation dafür begann. Da man das Beispiel der englischen Trades' Unions auf die deutschen Verhältnisse nicht übernehmen kann, muß die Erfüllung der von diesen im Interesse des Arbeiterstandes übernommenen Funktionen bei uns von anderen Organen erfolgen; als solche sehe ich die Arbeiterausschüsse an. Daß die Sozialdemokratie sich dafür nicht erwärmen kann, wundern mich nicht weiter. Meine Erfahrungen und die vieler anderer Arbeitgeber bringen mich im Gegensatz zu meinem Parteifreunde Möller dahin, gerade dort, wo eine Durchsicht der Arbeiter mit sozialdemokratischen Elementen stattgefunden hat, die Bildung von Arbeiterausschüssen zu empfehlen. Ich scheue vor keiner Schwierigkeit bei der Bildung solcher zurück, es müßte denn sein, daß ich als Vorsitzender des Ausschusses einen Herrn wie Herrn Bebel oder Herrn Stadthagen mir gegenüber hätte, dann würde ich die Sache aufgeben. (Geisterstimm.) Auf die engen Aufgaben, welche die Vorlage den Arbeiterausschüssen zuseht, dürfen sie nicht beschränkt bleiben. Sie dürfen nicht bloß die Fabrikordnung begutachten und einzelne Wünsche der Arbeiter oder der Unternehmer in Erwägung nehmen, ihre Befugnisse müssen ausgedehnt werden, sie müssen mitreden in der Frage der Annahme und Entlassung von Arbeitern, in der Frage der Bestrafung, selbst in der Frage der Arbeitszeit. Solches besteht bei den bestehenden Ausschüssen schon vielfach, und zwar mit bestem Erfolge. Natürlich ist bei diesem Vorgehen Vorsicht geboten, weil man nicht leicht von einer einmal gemachten Konzeption wieder zurück kann. (Präsident v. Levetzow erhebt die allgemeine Darlegung über die Bedeutung der Arbeiterausschüsse nicht zu weit auszudehnen.) Die Arbeiterausschüsse sollen einen Namen bilden gegen die Sozialdemokratie. (Präsident v. Levetzow wiederholt sein Ansprechen.) Unter diesen Umständen muß ich auf das Wort verzichten.

Abg. Dirsch: Herr Döschhäuser hat die englischen Gewerkschaften herangezogen und erklärt, diese seien auf die deutschen Verhältnisse nicht übertragbar, bringt also auch die deutschen Gewerkschaften zu den Arbeiterausschüssen in Gegensatz. Das stimmt mit den Tatsachen nicht überein. Die Gewerkschaften haben auch in Deutschland ihre volle Berechtigung. Hr. Döschhäuser hat sich noch vor wenigen Jahren selbst sehr eindringlich für die Gewerkschaften ausgesprochen. (Präs. v. Levetzow erhebt auch diesen Redner, ausgesprochen.) Diese Ausführungen, die zu § 134d nicht gehören, einzuschneiden, diese Ausführungen, die zu § 134d nicht gehören, einzuschneiden, den Redner verweist auf den Gewerkschaften der Industrie ältesten und größten deutschen Gewerkschaften, der einer Industrie angehört, die ihrer Natur nach nicht konzentriert werden kann.

Abg. Möller (nl.) geht nicht ganz so weit in der Verehrung für die Arbeiterausschüsse wie Herr Döschhäuser. Jedemfalls dürften die Ausschüsse nicht an irgend welche feste Normen gebunden werden, es müsse in dieser Beziehung alles dem Ermessen des Unternehmers überlassen bleiben. Ihm sei die obligatorische Anhörung der Arbeiter vor Erlaß der Arbeitsordnung unannehmbar; in einem großen Teile der Fabrikanlagen habe diese Neuerung eine sehr lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Er werde mit einem Teile seiner Freunde gegen den § 134d stimmen.

Abg. Dreesbach wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Döschhäuser, die nur beweisen, daß die Arbeitgeber alles thun, um die selbständige Organisation der Arbeiter zu hinterhalten. Die Wohlfahrtsvereine, bei deren Benutzung die Arbeiterausschüsse mitzusprechen haben sollen, seien nichts als Strafanstalten für die Arbeiter.

Abg. Döschhäuser verweist sich dagegen, als ob der die preussischen und deutschen Gewerkschaften angegriffen habe, daß sei ihm nicht entfernt in den Sinn gekommen.

§ 134d wird unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge unverändert angenommen.

§ 134a lautet: Die Arbeitsordnung, sowie jeder Nachtrag zu derselben ist binnen drei Tagen nach dem Erlaß in zwei Ausfertigungen unter Beifügung der Versicherung, daß der Vorschritt des § 134d genügt ist, der unteren Verwaltungsbehörde einzureichen.

Die Arbeitsordnung ist an geeigneter, allen beteiligten Arbeitern zugänglicher Stelle anzuhängen. Der Ausschuss muß stets in lesbarem Zustande erhalten werden. Die Arbeitsordnung ist jedem Arbeiter bei seinem Eintritt in die Beschäftigung zu behandeln.

Abg. Schäbler beantragt, die Einreichung erfolgen zu lassen: unter Mittheilung der Seitens der Arbeiter geäußerten Bedenken.

Die sozialdemokratischen Abgg. Kuer und Gen. beantragen, daß die Arbeitsordnung und jeder Nachtrag den Fabrikinspektoren zur Genehmigung vorgelegt werden soll; gegen die Ent-

scheidung desselben soll binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zulässig sein.

Abg. Schäbler (Centr.) giebt der Vorlage vor dem Antrage der Sozialdemokraten den Vorzug; die Fabrikordnung gelange ohnehin in die Hände des Fabrikinspektors, da das zweite der einzureichenden Exemplare für diesen bestimmt sei. Die Polizeibehörde habe nur zu prüfen, ob in den betreffenden Arbeitsordnungen die gesetzlichen Bestimmungen beobachtet seien, mehr könne nicht verlangt werden. Praktisch werde es aber sein, auch die seitens der Arbeiter geäußerten Bedenken der unteren Verwaltungsbehörde mitzutheilen; er habe daher diese Worte des sozialdemokratischen Antrages in den Wortlaut des Paragraphen nach der Kommissionsfassung einzufügen beantragt und beantrage, denselben im Interesse der Vermittlung zwischen den entgegenstehenden Interessen anzunehmen.

Abg. Wöllmer (Dr.): Mit der Mittheilung der von den Arbeitern geäußerten Bedenken allein gewinne die Behörde immer noch kein vollkommenes Bild; genauer orientiert würde sie werden, wenn sie bei der Einreichung gleichzeitig erfähre, in welcher Weise die Vorschriften des § 134d bezüglich der Anhörung der Arbeiter befolgt worden sei. Redner stellt einen dahingehenden Antrag.

Abg. Hartmann (Dr.) empfiehlt diesen Antrag Wöllmer, der sich ganz auf der Linie der Wünsche der Kommission bewege, zur Annahme, spricht sich aber gegen den Antrag Kuer u. Gen. aus, da es nicht in der Absicht liegen könne, die Einmischung der staatlichen Organe in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter und in die inneren Verhältnisse eines jeden Betriebes noch weiter auszubehnen.

Abg. Dreesbach tritt für den sozialdemokratischen Antrag ein. Die Arbeiter hätten mehr Zutragen zu den Fabrikinspektoren als zu den unteren Verwaltungsbehörden, welche einmal nicht fachverständig und dann viel zu sehr dem Einfluß der Unternehmer unterworfen seien. Der Antrag Wöllmer habe wesentlich nur eine formale Bedeutung und genüge nicht. Es habe doch keinen Sinn, den Behörden die von den Arbeitern geäußerten Bedenken mitzutheilen und gleichzeitig diesen Behörden das Recht zu verweigern, eventuell Remedur einzutreten zu lassen. Dem Rechte der Unternehmer sei der Antrag Kuer und Genossen durch die Zulassung der Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde durchaus hindernis entgegengekommen. Nehme die Majorität diesen Antrag nicht an, so würde wieder einmal bewiesen sein, daß es sich lediglich um ein Arbeiter-Truggesetz handle.

Regierungsrath Wilhelmi: Für die Genehmigung der Arbeitsordnung ist weder ein Bedürfnis noch nach der ganzen Fassung der Gewerbe-Ordnung ein Raum dafür in derselben vorhanden. Was dem freien Vertrage zwischen Arbeiter und Arbeitgeber überlassen bleiben muß, kann nicht der Genehmigung durch eine Staatsbehörde unterliegen. Das übrigens nicht ganz allgemein bestehende Vertrauen auf die Institution der Fabrikinspektoren, welches der sozialdemokratische Antrag ausdrückt, rechtfertigt demnach ein solches Vorgehen nicht. Im Uebrigen ist den Ausführungen des Abg. Hartmann zu dieser Forderung beizutreten. Der Antrag Schäbler ist trotz seiner wohlmeinenden Absicht auch nicht zur Annahme zu empfehlen, da er dem Arbeitgeber unter Umständen einen Verzicht zur Pflicht macht, den er in drei Tagen gar nicht fertigstellen kann, wenn ihm die Bedenken der Arbeiter nur mündlich mitgeteilt worden sind. Dagegen ist gegen den Antrag Wöllmer nichts einzuwenden.

Abg. Wöttcher (nl.): Die Redewendung, daß die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge wieder einmal beweise, daß das Gesetz einen arbeitereindlichen Charakter trage, haben wir nun schon fast bei jedem Gesetze gehört; sie bekümmert uns nicht mehr sonderlich. Der Antrag ist ein Eingriff in die Rechte des Arbeitgebers, den wir nicht zulassen können.

Abg. Schäbler tritt nochmals für seinen Antrag ein, der seine gute Wirkung zu äußern nicht verfehlen werde, während

Abg. Dreesbach dem Bundeskommissar bemerkt, daß, wenn dieser oder jener Fabrikinspektor nicht das Vertrauen der Arbeiter genieße, dieser Umstand an den Personen der betreffenden Herren selber liege. In der Schweiz bedürfte jede Fabrikordnung vor ihrem Inkrafttreten der Genehmigung der Kantonsregierung und die Schweiz sei darüber nicht zu Grunde gegangen.

Bei der Abstimmung über den Antrag Schäbler stellt sich die Geschlossenheit des Hauses heraus, indem bei der notwendig gewordenen Auszählung sich die Anwesenheit von nur 186 Mitgliedern ergibt, während zur Beschlußfähigkeit mindestens 199 gehören. Für den Antrag Schäbler stimmen 110, dagegen 76 Abgeordnete. Die Sitzung muß abgebrochen werden.

Präsident v. Levetzow setzt die nächste Sitzung mit derselben Tagesordnung auf heute Nachmittag 2½ Uhr an. Schluß 2¼ Uhr.

100. Sitzung vom 15. April. 8 Uhr.

Am Bundesrathstische: von Wöttcher, von Berlepsch, Lohmann.

Die zweite Beratung der Gewerbe-Ordnungsnovelle wird fortgesetzt mit der Wiederholung der Abstimmung über § 134a und die dazu vorliegenden Anträge.

Der Antrag Kuer u. Gen. auf Genehmigung der Arbeitsordnungen durch die Fabrikinspektoren wird gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger freisinniger (Träger, Schmieder, Wöllmer, Samhammer) abgelehnt.

Der Antrag Schäbler wird jetzt angenommen, ebenso der Antrag Wöllmer, und mit diesen Modifikationen der ganze § 134a, ebenso ohne Diskussion § 134f, mit welchem nichtvorschriftsmäßige oder mit den gesetzlichen Bestimmungen in Widerspruch stehende Arbeitsordnungen und Nachträge zu denselben durch die untere Verwaltungsbehörde entsprechend abzuändern oder durch gesonderte Arbeitsordnungen zu ersetzen sind.

Nach § 134g sollen vor Erlaß dieses Gesetzes erlassene Arbeitsordnungen der §§ 134a—134e, 134a Abs. 2 und 134f unterworfen sein und binnen vier Wochen der unteren Verwaltungsbehörde in zwei Abschriften eingereicht werden. Auf Abänderungen dieser Arbeitsordnungen und auf Arbeitsordnungen, welche seit dem 1. Januar 1891 erlassen sind, soll die Vorschrift der Anhörung der Arbeiter Anwendung finden.

Die sozialdemokratischen Abgg. Kuer und Genossen wollen alle Arbeitsordnungen ohne Ausnahme, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen sind, den Vorschriften der §§ 134a bis 134f unterwerfen und beantragen ferner die Vorlegung derselben binnen vier Wochen an die Fabrikinspektoren zur Genehmigung.

Abg. Wolkensuhr (Soz.) befürwortet diesen Antrag, der im Interesse der gleichen Behandlung aller Arbeitsordnungen gestellt sei.

Der Antrag wird jedoch abgelehnt und § 134g im Wesentlichen unverändert angenommen.

§ 134h stellt fest, welche Arbeitervertretungen als zuständige Arbeiterausschüsse im Sinne dieses Gesetzes gelten sollen. Als solche sind nur zu betrachten: 1. Die Vorstände der Bezirks- (Fabrik-) Krankenkassen oder anderer für die Arbeiter der Fabrik bestehender Kassenvereine, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit von den Arbeitern aus ihrer Mitte zu wählen sind, sofern sie als

ständige Arbeiterausschüsse bestellt werden; 2. die Anknüpfungskassen von Anknüpfungskassen für Betriebe, welche nicht den Bestimmungen der Vergesehe unterliegen; 3. die bereits vorhandenen ständigen Arbeiterausschüsse, deren Mitglieder nach ihrer Mehrzahl von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt werden; 4. solche Vertretungen, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl von den volljährigen Arbeitern der Fabrik oder der betreffenden Betriebsabtheilung aus ihrer Mitte in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Die Wahl der Vertreter kann auch nach Arbeiterklassen oder nach besonderen Abtheilungen des Betriebes erfolgen.

Die sozialdemokratischen Abgg. Kuer u. Gen. wollen den ganzen § 134h streichen; die Abgg. Gutfleisch u. Gen. beantragen zwei wesentlich redaktionelle Aenderungen; Abg. Schmidt (Eberfeld) beantragt, daß unter Ziffer 3 nur die vor dem 1. Januar 1891 errichteten Arbeiterausschüsse aufgenommen werden sollen; endlich wollen die Abgg. Gutfleisch, Hähule und Genossen die Schlussworte „bestellt werden“ in Ziffer 1 ersetzen durch die Worte „bestellt und durch gemäß den Bestimmungen unter Ziffer 4 gewählte Vertreter der den erwähnten Kassen-einrichtungen nicht angehörenden Arbeiter ergänzt werden.“

Abg. Schmidt (Eberfeld) tritt für die Annahme des § 134h und für die Arbeiterausschüsse selbst ein, deren Einsetzung zum Segen der Arbeiter wirken und viel fruchtbarer sein werde, als die von den Sozialdemokraten gewünschten Arbeiterkammern. Die Arbeiterkammern erstrecken sich über Bezirke von mehreren Hunderttausend Seelen und könnten daher für die Arbeiter nicht entfernt so nutzbar gemacht werden, wie diese selbst es wünschen müßten. Im Weiteren empfiehlt Redner die beiden von ihm mitunterzeichneten Anträge.

Abg. Bebel: Das Lob der Arbeiterausschüsse ist heute so stark gesungen worden, daß man sich wundern muß, daß die Einsetzung derselben nicht obligatorisch gemacht worden ist. Aber daraus, daß dies nicht geschieht, erkennt man deutlich, daß es mit diesem Lobe nicht sehr weit her sein kann. Die ärgste Selbsttäuschung ist es jedenfalls, wenn man von den Arbeiterausschüssen eine Bekämpfung des sozialdemokratischen Elementes erwartet. Herr Wöllmer empfiehlt uns die Arbeiterausschüsse als eine Art konstitutionellen Systems; wären sie das, dann würden wir sie diskutieren. Aber davon ist ja gar nicht die Rede. Die einzelnen Ziffern des § 134h zeigen ganz deutlich, wie der Unternehmer es ganz in seiner Hand hat, die Zusammensetzung dieses Ausschusses zu bestimmen. Die Ausschüsse bedeuten nichts weiter, als was ähnliche Einrichtungen auch auf politischem Gebiete bedeuten: sie sind das Feigenblatt, welches den dahinterliegenden Feudalismus zu verdecken bestimmt ist. Wäre ein genauer Wahlmodus festgesetzt, käme der Wille der Arbeiter in der Wahl ihrer Vertretungen klar zum Ausdruck, dann wäre eher darüber zu reden; aber auch in dieser Hinsicht liegt der Ausschuss noch in den Händen des Unternehmers, kann jeden Augenblick wieder abgeschafft werden, wenn er un bequem wird, oder es können jederzeit die unbequemen Elemente daraus entfernt werden. So lange also eine unparteiische Zusammensetzung nicht garantiert wird, können wir dieser Einrichtung nicht zustimmen. Wir verkennen gar nicht und haben es bewiesen, daß innerhalb der heutigen Gesellschaft es eine große Zahl von Punkten giebt, welche die heutige Gesellschaft ohne Gefahr für ihre Existenz den Arbeitern bewilligen kann und bewilligen wollte. Wir sagen nur, innerhalb der heutigen Gesellschaft ist es überhaupt undenkbar, Klassen-gegenstände, wie sie aus der Natur der Dinge hervorgegangen sind, zu beseitigen; vor dieser Täuschung suchen wir den Arbeiter zu warnen; ein friedliches Verhältnis ließe sich aber sehr wohl herstellen, wenn nur die Unternehmer wollten. Die Begünstigung der Fabrikordnungen wäre das Einzige gewesen, wodurch die Arbeiterkammern, wie wir sie wollen, mit dem einzelnen Fabrikbetriebe befaßt worden wären; im Uebrigen sollte der Wirkungsbereich dieser Kammern ein anderer sein. Uns ist der § 134b in seiner Gesamtheit unannehmbar; wir haben daher auch keine Veranlassung, unersetzlich mit positiven Vorschlägen zu kommen.

Abg. Dirsch: Die Sozialdemokratie zeigt nach Bedürfnis zwei verschiedene Gesichter, auch wenn es sich um Dinge handelt, die nach ihrer Meinung auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung geordnet werden können. Sie will den Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern überhaupt nicht, darum tritt sie den Arbeiterausschüssen entgegen. In allen vier Ziffern ist doch das Prinzip der Geheimwahl aufrechterhalten, damit ist also die Garantie gegeben, welche die Sozialdemokraten verlangen. Alle Institutionen sind aus kleinen Anfängen erwachsen; das muß auch von den Arbeiterausschüssen gelten, die sich erst noch vervollkommen müssen. Aber die Sozialdemokraten verwerfen sie als unvollkommen, weil sie überhaupt keinen Sinn für das geschichtlich Gewordene haben. Ich bitte Sie daneben dringend um die Annahme unseres Antrages, auch den volljährigen Arbeitern, welche nicht zur Fabrik- oder Betriebskrankenkasse gehören, eine Vertretung in Arbeiterausschüsse zu gewähren.

Gen. Rath Lohmann hat gegen den Antrag Schmidt und die redaktionellen Anträge Gutfleisch nichts einzuwenden, spricht sich aber gegen den Antrag Gutfleisch-Hähule aus, der einerseits viel zu unbestimmt gehalten sei, andererseits aber auch keine Verbesserung des Gesetzes sei, vielmehr das wohlgeordnete Betriebs-Krankenkassenwesen nur stören würde. Auch im Interesse der freien Hilfskassen könne es nicht liegen, den Arbeitgebern einen neuen Antriebs zu geben, ihre Arbeiter zum Eintritt in die Betriebs-Krankenkassen zu nötigen.

Abg. Wöttcher (nl.) tritt den Ausführungen des Abg. Bebel betreffs der Arbeiterausschüsse entgegen. Schon seit einem Menschenalter spreche die Sozialdemokratie von den werthlosen Palliativmitteln, welche dem erkrankten Gesellschaftskörper doch keine Heilung bringen könnten. Nirgends aber sei diese Redewendung weniger angebracht, als hier. Auf die sozialdemokratischen Anträge kann man nicht eingehen, weil auch bei der Annahme derselben die Unzufriedenheit der Herren und nach ihrer Behauptung auch der sozialdemokratischen Arbeiter dieselbe bleiben würde. Aber da er die Hoffnung habe, und zwar mit seiner ganzen Partei, daß die Befriedigung der widerstrebenden Interessen doch einmal zum Durchbruch kommen müsse, so trete er für die Arbeiterausschüsse ein, in denen er ein Mittel sehe, durch welches vielleicht doch die Versöhnung herbeigeführt werden könne.

Abg. Bebel: Nach diesem Eifer, der für die Arbeiterausschüsse entwickelt wird, scheint es wirklich, als wenn die Herren mit diesen Arbeiterausschüssen die soziale Frage gelöst zu haben glauben. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit wird so lange bestehen, als das Kapital besteht, daran werden alle Palliativmittel nicht das geringste ändern. Auch wir bringen allerdings sogenannte Palliativmittel in Vorschlag, alle unsere Anträge gehören dahin. Wir schlagen aber nur Mittelchen vor, die auch etwas nützen, nicht solche, die bloß einen schönen Schein haben, aber nichts bedeuten. Herr Dirsch beachtet garricht, daß die Ausschüsse nur „in ihrer Mehrzahl“ aus gewählten Personen bestehen sollen, darin liegt schon, daß eine gewisse Zahl von Mitgliedern dieser Ausschüsse von den Arbeitgebern ernannt werden. Herr Wöttcher markirt wieder die Auffassung, daß die deutsche Arbeiterkassen nicht identisch sei mit der Sozialdemokratie, daß haben wir auch nie bestritten, sondern stets nur behauptet, daß die klassenbewusste Arbeiterkassen sozialdemokratisch ist. Wir haben kein Interesse

darin, die Arbeiter unzufrieden zu erhalten. So lange aber das Ziel der Befestigung der Unterdrückung einer Mehrheit durch eine Minderheit nicht erreicht ist, werden die sozialdemokratischen Arbeiter unzufrieden bleiben; sie werden es bleiben, bis alle Menschen in einem Zustande wirklicher Freiheit und Gleichheit sich befinden werden. (Gelächter.) Sie lachen darüber mit Unrecht; der Kampf ist entbrannt, wird in den nächsten Jahren in kolossalen Dimensionen weitergeführt werden und nicht aufhören, bis dieses Ziel erreicht ist. Für die Lehren der Geschichte haben wir einen sehr feinen Sinn, aber auf der anderen Seite auch ein sehr feines Ohr für den geschichtlichen Vergeßensprozeß. Die Weltung der Anschauungen des Herrn Hirsch von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nähert sich immer mehr ihrem Ende, und diese Auffassung wird von der unsrigen abgelöst werden.

Abg. Müller: Die Herren werden nicht bestreiten können, daß sie sehr zahlreiche Stimmen von Nicht-Sozialdemokraten bekommen haben. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß alle Ihre Wähler zielbewußte Sozialdemokraten waren. (Vizepräsident Graf v. Helldorf bittet, bei dem Gegenstande der Debatte zu bleiben.)

Abg. Hirsch: Herr Deibelhauer hat gewiß nicht gemeint, daß die Arbeiterausschüsse Kampfinstitute gegen die Sozialdemokratie sein sollten; er hat von ihrer Wirkung ein Zurücktreten der Sozialdemokratie erwartet. Daß die Klassenbewußten Arbeiter alle Sozialdemokraten sind, ist ebenfalls eine unrichtige Behauptung. England beweist das Gegenteil, dort bilden die Sozialdemokraten nur ein schwaches Häuflein. (Vizepräsident Graf v. Helldorf ersucht auch diesen Redner, nicht in die Generaldebatte zurückzufallen.)

§ 134 h wird mit den redaktionellen Anträgen Guttschick und dem Antrage Schmidt-Werfeld, aber unter Ablehnung des Antrages Guttschick-Pöhle angenommen.

Gegen 6 Uhr wird die Fortsetzung der Beratung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt.

#### Abgeordnetenhaus.

69. Sitzung vom 10. April, 11 Uhr.

Am Ministerische: Herr v. Helldorf und Kommissarien. Die zweite Beratung der Landgemeinde-Ordnung wird fortgesetzt im Abschnitt VI: Verwaltung der Landgemeinden.

Nach § 78 sollen Gemeindevorsteher und Schöffen auf sechs Jahre gewählt werden. Die Kommission hat den Zusatz gemacht, daß die Gemeindevorstellung die Anstellung eines befähigten Gemeindevorstehers beschließen kann; dieser kann dann auch außerhalb des Kreises der Gemeindeangehörigen gewählt werden, und zwar erfolgt die Wahl auf zwölf Jahre.

Abg. v. Bodeberg will den Gemeindevorsteher auf zwölf Jahre wählen lassen, während Abg. v. Huene den von der Kommission beschlossenen Zusatz will.

Abg. Ebert (Hr.) empfiehlt die Annahme des von der Kommission vorgeschlagenen Zusatzes; wenn man befürchte, daß dadurch das bürokratische Element das Uebergewicht gewinnen könnte, so empfiehlt es sich vielleicht, die Vorschrift so zu fassen, daß befähigte Gemeindevorsteher nur da bestellt werden können, wo ein kollektives Gemeindevorstand besteht, so daß neben dem bezahlten Beamten auch die Schöffen im Ehrenamte an der Leitung der Gemeinde beteiligt sind. Redner stellt einen dahingehenden Antrag.

Der Antrag Ebert wird abgelehnt und entsprechend dem Antrag v. Huene der von der Kommission vorgeschlagene Zusatz genehmigt.

In § 78 wurde auf Antrag des Abg. v. Huene eine Aenderung dahin angenommen, daß das in dritter Lesung event. wieder herzustellende mehrfache Stimmrecht der Gemeindeglieder (§ 48) bei der Wahl des Gemeindevorstehers durch die Gemeindeversammlung zur Anwendung kommt.

Nach § 81 soll die Wahl des Gemeindevorstehers durch Zutritt stattfinden können, wenn keiner der Wähler Widerspruch erhebt.

Die Abgg. Ebert, v. Strombeck, v. Huene und Weber-Halberstadt erklären sich für die Streichung des § 81; Widerspruch gegen eine Wahl durch Jura werde nicht leicht erhoben werden, weil der Betreffende sich leicht Feindschaften aussuchen könne.

Die übrigen Paragraphen dieses Abschnitts, sowie Abschnitt VII: Aufhebung der mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schuldenamts (§§ 90—99) werden ohne Debatte genehmigt.

Abchnitt VIII: Geschäfte der Gemeindeversammlung und Gemeindevorstellung umfaßt die §§ 100—114. Es liegen hierzu einige redaktionelle Anträge des Abg. Bode vor, die zum Teil angenommen werden.

Nach § 107 sollen die Sitzungen der Gemeindeversammlungen und Gemeindevorstellungen öffentlich sein.

v. Rauchhaupt beantragt, durch Ortsstatut festzusetzen, wann die Sitzungen der Gemeindevertretungen öffentlich sein sollen.

Der Antrag von Rauchhaupt wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt, der Antrag Neubarth dagegen mit 125 gegen 116 Stimmen angenommen, trotzdem die Nationalliberalen, Zentrum, Polen, Freisinnige und einige Freikonservative gegen denselben stimmen. Die rechte Seite ist sehr stark besetzt.

Nach § 118 soll zur Gültigkeit der Veräußerung von Grundstücken erforderlich sein die einmalige Bekanntmachung durch die für amtliche Bekanntmachungen vorgeschriebenen Blätter oder durch ein anderes im Kreise erscheinendes Blatt.

Abg. Bode beantragt, die Bekanntmachungen durch das Kreisblatt erfolgen zu lassen.

Der Antrag Bode wird angenommen.

Nach § 117 beantragt Abg. v. Rauchhaupt, daß die Gemeinden für Ausgaben und Einnahmen ein nach Vorschrift angelegtes Gemeinberechnungsbuch führen sollen. Die Aufstellung von Etats soll einzelnen Gemeinden durch Beschluß des Kreis-Ausschusses aufgegeben werden. Nach der Vorlage sollte jede Gemeinde einen Etat aufstellen.

§ 117 wird unverändert angenommen.

Nach § 118 soll der Kreis-Ausschuß die Revisionen der Gemeinberechnungen vornehmen.

Abg. v. Nitzsche (Jauer) beantragt, die Revisionen dem Vorsitzenden des Kreis-Ausschusses zu übertragen, weil sonst die Kreis-Ausschussmitglieder mit Bureauarbeiten belastet würden. Minister Herr v. Helldorf, sowie Abg. v. Huene erklären sich gegen den Antrag, der auch abgelehnt wird.

Der dritte Titel: Selbständige Gutsbezirke (§§ 120—125) wird ohne Debatte erledigt.

Um 8 1/2 Uhr wird die weitere Beratung bis Donnerstag 11 Uhr vertagt.

## Korrespondenzen und Parteinarbeiten.

Langenbielau. Die Beschlagnahme der Nr. 26 des „Proletariats“ ist von der Staatsanwaltschaft nicht wegen des Gedichtes „Obergebanten“ veranlaßt worden, wie verschiedene Blätter zu berichten wußten, sondern wegen eines unter „Politische Ueberlicht“ stehenden Artikels, in welchem die samojedische „Reptilienfange-Angelegenheit“ behandelt wird. Der Staatsanwalt hat aus diesem Artikel eine Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen herausgeholt, und ist denn auch bereits gegen den Redakteur dieses Blattes das Strafverfahren wegen Vergehen gegen § 131 des Strafgesetzbuches eingeleitet worden. Merkwürdig! Was in dem betreffenden Artikel gesagt wird, ist nicht nur von der sozialdemokratischen, sondern von der Presse aller Parteirichtungen

in unserem ganzen lieben Deutschland als wahr und begründet behandelt worden.

Hamburg, 14. April. Die Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburg wenden sich an die Bevölkerung Hamburgs mit folgendem Aufruf: „Die Vorstände der drei sozialdemokratischen Vereine Hamburg richten an die Bevölkerung Hamburgs und Umgebung die dringende Bitte, zum Beweise der Teilnahme an der Märscher, ihre Lebens- und sonstigen Bedürfnisse nicht erst am Sonntag, den 3. Mai, sondern schon vorher einzulassen, damit auch den Handlungsgehilfen Gelegenheit geboten wird, sich an der Märscher zu beteiligen. Keine Hausfrau sollte irgend welchen Kaufmann oder Krämer am 3. Mai mit Einkäufen belästigen.“

Dresden, 18. April. Die für vorigen Sonnabend Abend beabsichtigte Versammlung mit dem Thema: „Die Versammlungsfreiheit und die Stellung der Behörden zu derselben“ wurde von der Polizeibehörde verboten. Es erfolgte dies Verbot auf Grund des § 5 des Vereins- und Versammlungsgesetzes.

## Lokales.

Unter einer neuen Flagge segelt vom 1. April ab das auch von uns schon einmal bei seinem Entstehen gewürdigte obdure Wintelblättchen, „Der Arbeitgeber“, Organ für die Interessen der Kapitalisten, insbesondere gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, so ungefähr lautete damals die Devise. Jetzt tritt sich das Blättchen „Staat und Familie, Vaterländische Blätter, insbesondere zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“. Die Abänderung des Namens dürfte wohl darauf berechnet sein, auch andere Leute als bloß Kapitalisten und „Arbeitgeber“ anzulocken.

Spaßhaft ist das „Programm“ des sozialistenfeindlichen Blattes. „Die Zeitschrift „Familie und Staat“ soll dazu dienen, allen das Volkwohl schädigenden Bestrebungen entgegenzutreten (da empfehlen wir ihr, dem kürzlich erst ausgegebenen Komplotz der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse entgegenzuwirken d. Red.), insbesondere die Bestrebungen der Sozialdemokratie, wie sich solche in deren Literatur verhält und unverhält zu erkennen geben, vor Augen zu führen, um damit unsere Mitbürger endlich aus dem Schlammer zu wecken, in welchen sie sich gewiegt haben.“

Bravo! Einen derartigen Plan können und müssen wir nur mit der allergrößten Freude begrüßen. Also nur immer weiter die bisher „in Schlammer gewiegenen Mitbürger“ aus demselben erwecken und dieselben aufklären über die Bestrebungen der Sozialdemokratie! Mehr wollen wir ja auch gar nicht. Aber das Eine bitten wir uns dabei aus: Keine Plausen gemacht, ohne Sägen und Verdrehungen die wahren Bestrebungen der Sozialdemokratie den Lesern klarzulegen! Bisher ist das keineswegs der Fall. Im Gegenteil, die vorliegende Nummer enthält alles weniger als eine Erklärung der sozialdemokratischen Bestrebungen. Was in der uns vorliegenden Nummer über dieselbe gesagt ist, das ist nur eine Karikatur der Sozialdemokratie. Wir wagen es nicht und wollen es auch durchaus nicht, an dem guten Willen des Leiters des Blättchens zu zweifeln, aber der geehrte Herr versteht es eben noch nicht ganz. Er will wohl über die Bestrebungen der Sozialdemokratie schreiben und dieselben „unverhält“ klar legen, er vergißt dabei aber eine kleine Nebenache, daß man nämlich, wenn man über einen Gegenstand etwas schreiben will, man diesen auch kennen muß. Mit Redensarten wie: „Besitzer von Religion, Eigentum, Staat und Familie“ offenbart man nur seine Unwissenheit, welche man vergeblich hinter solchen Schlagwörtern zu verbergen sucht.

Unvereinbar mit einer wirklichen Erklärung der sozialdemokratischen Ziele und Bestrebungen sind auch Redensarten von „verheuten und noch nicht verheuten Arbeitern“. Richtig ist jedoch schon die Erkenntnis und das Zeugt bereits von einem guten Schritt vorwärts auf dem Wege der Einsicht, daß es aus- schließlich ist, auf die sogenannten „verheuten“ Arbeiter einwirken zu wollen. Falsch ist aber noch die Meinung, daß es Demagogen und sonstigen Lugner und Schleichen gelingen könnte, die noch nicht „verheuten“ Arbeiter noch weiter in ihrer Dummheit oder geblödenheit wie lieber einen Ausdruck des geschätzten Blättchens, in ihrem Schlammer zu erhalten.

Folgender Satz:

„... einen Arbeiterschuß nehmen wir dankbar an, wir dürfen aber nicht vergessen, daß es nicht nur Arbeiter giebt, für deren Wohl zu sorgen ist, und daß deren Wohl abhängig ist von dem Gedeihen der Unternehmungen, in welchen sie Beschäftigung finden.“ — läßt beinahe die Vermutung aufkommen, daß das Blättchen sich in der Adresse geirrt hat, daß es nicht die Bestrebungen der Sozialdemokratie schildern will, sondern daß es zur Förderung der Bestrebungen des Unternehmertums da ist.

Als kuriosum wollen wir noch erwähnen, daß unter der Rubrik: „Aus sozialdemokratischen Versammlungen“ nur der Bericht einer Versammlung steht und zwar über einen Vortragsabend des „Bereins junger Kaufleute“, in welchem der Professor der Theologie Dr. Harnack einen Vortrag über irgend ein fremd- mündiges Thema hielt. Eine Diskussion, in der etwa andere Ansichten hätten zu Tage treten können, fand nicht statt und findet in den Versammlungen dieses Vereins überhaupt niemals statt, dessen Hauptzweck es ist, seinen Mitgliedern Annehmlichkeiten zu veranstalten und ihnen in der Handels- und Kunstausstellungen Vorträge zu bieten. Und das nennt das Blatt eine sozialdemokratische Versammlung! Fürwahr, eine Untersuchung auf dem Geisteszustand mancher Bekämpfer der Sozialdemokratie mit geistlichen und geistlichen Mitteln thäte manchmal sehr gut.

Der „gebildete“ Wärsenjobber. Das Organ dieser Sorte Menschen, der „Berliner Börsen-Courier“, leistet sich in seinem Geizm gegen die Sozialdemokratie folgendes Kunststückchen der Verleumdung:

„... Die sozialistische Dystrie ist in dieser Richtung recht be- lehrend. Es ist unglücklich, was hier an Geschmacklosigkeit in der Form, in Verhöhnungen gegen die Logik und namentlich in Beamerbasiren geübt wird. Alle Werke sehen sich, wenn Dein starker Arm es will“, so heißt es in einem jener Ergüsse, welche von ungebildeten Mitgliedern der sozialistischen Partei für die ungebildeten Mitglieder derselben verfaßt sind.“ ... Bekanntlich ist der oben zitierte Vers, wenn er auch gleich- zeitig falsch zitiert ist, von Georg Herwegh und dieser als einen ungebildeten Menschen hinzustellen — das bekommt eben nur ein Jobberblatt fertig. Freilich ein feiler Poipoet war Herwegh nicht, dafür weiß aber das „ungebildete“ Proletariat dessen Dichtungen von den Reimereien eines Wildendruck und Konforten sehr wohl zu unterscheiden.

Verlorene Liebeshöhe. Wenn man die herrschende Ge- sinde-Ordnung sich betrachtet, und man hört und liest dann von öffentlichen Prämienfesten „Trendienenden“, so ist jeder denkende Mensch außer Stande, sich einer Anwandlung des Mitleids mit den armen Opfern, die prämiert werden, zu erwehren. Denn den armen Opfern, die prämiert werden, bedingt eine solche Prä- mierung eines „treu dienenden Diensthöten“! In Berlin bilden derartige Prämierungsfeste eine stereotype Erscheinung bei dem Eina Morgenssternschen Hausfrauen-Verein und den beiden Gas- wirts-Vereinen, welche dem deutschen Gastwirts-Verbande an- gehören, dem Verein der Berliner Gastwirthe und dem „Verein der Berliner Weißbierwirthe“, welche alljährlich Prämierungsfeste veranstalten, die genau denselben Zweck und Werth haben, wie die „Bärsorge“ industrieller Arbeitgeber für ihre Arbeiter, nämlich sich einen gefügigen Arbeiterhaufen zu sichern“ durch die vermeintlichen Wohlthaten, welche sie erweisen. Jetzt ist nun wieder die Zeit gekommen, wo die beiden obengenannten Gastwirts-

vereine ihre alljährlichen Prämierungsfeste mit dem nöthigen patriotischen Brillantfeuerwerk, zu denen regelmäßig die liberale Stadtvorwaltung Verleiter „in Amtstracht“ entsendet, in Szene setzen. Am 8. d. M. fand das Prämierungsfest der Weißbier- wirthe und am 10. d. M. findet dasjenige der Gastwirthe statt. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie generös namentlich die Herren-Gastwirthe ihre Gästeprämien entlophen, so kann man es begreiflich finden, daß gerade sie sich anlegen sein lassen, „Diensthöten“ zu fesseln durch — Prämien, die aber leider der vorgedachten Generosität nur zu sehr entsprechen. Während der Hausfrauen-Verein doch wenigstens etwas Reelles bietet, nämlich Prämien in Gestalt von baarem Gelde, Schmuckgegenständen u. dergl. m., machen die Gastwirthe sich die Sache leichter. Vor- bedingung ist selbstverständlich, daß die Diensthöte bei einer und derselben Herrschaft absolviert werden muß. Für eine dreijährige „treue“ Diensthöte wird nun ein „Diplom“, für eine sechsjährige „treue“ Diensthöte eine silberne „Medaille“ gewährt. Das letztere können sich die „Trendienenden“ einrahmen lassen oder hinter den Spiegel hängen; die zweite können sie gewissermaßen als Gastwirts-Orden im Knopfloch tragen, beide „Prämien“ sind also lediglich Dekorations- sache! Die dritte Prämie erst, die nach zehnjähriger treuer Dienst- zeit gewährt wird, hat einen scheinbar vollen Hintergrund. Diese Prämie besteht nämlich in einem Diplom mit der „Anwartschaft“ auf die Theodor-Müller-Stiftung. Ganz abgesehen von der Bechtigkeit, mit der die Gewährung dieser Prämie durch vor- herige Entlassung umgangen werden kann, bildet dieselbe einen ziemlich werthlosen Wechsel auf die Zukunft. Die Theodor-Müller- Stiftung ist eine Schöpfung des deutschen Gastwirts-Verbandes. Derselben gehören z. B. 194 Vereine an, welche alle Prämierungs- feste veranstalten. Die Weißbierwirthe haben in diesem Jahre 5 Personen mit der letzten Prämie prämiert, gewiß eine riesige Zahl bei einer Mitgliederzahl von über 2000! Angenommen nun, ein jeder Verein prämiert eine solche kleine Zahl, so machte dies doch immerhin 5 x 194 = 970 Kandidaten in einem Jahre aus. Die Theodor-Müller-Stiftung hat nun nach einem zehnjährigen Be- stehen einen Fonds von ca. 50 000 M. Diese Summe zu 4 pCt. verzinst ergibt einen Zinsbetrag von 2000 M. jährlich; diesen an 970 Kandidaten vertheilt, die losoffale Summe von 2 M. und einigen Pfennigen jährlich per Kopf! Und doch hat die Theodor-Müller-Stiftung den Zweck, in Noth gerathene, brave, bejahrte Fachleute zu „versorgen“! Demgegenüber ist ja die Altersrente eine wahre Goldgrube! Und mit solchen Mitteln sucht man den Diensthöten, der Welt Sand in die Augen zu streuen, zu diesem Zwecke veranstaltet man Prämierungsfeste, von denen der Ver- bandspräsident Emil Wiese sagt: „solche Feste sind erfreulich zu einer Zeit, wo Unzufriedenheit, Neid, Mißtrauen und Antreue so vielfach wahrgenommen wird“; angesichts der vorgeführten Thatsachen wagt er zu behaupten: „Der deutsche Gastwirts-Ver- band betrachtet es als erste und heilige Pflicht, seine Treu- gebenden in Zeiten der Noth zu schützen“! — Die geringe Zahl der Prämiierten beweist erfreulicher Weise zur Genüge die „ver- lorene Liebeshöhe“!

Nach der Niederlegung des Köllnischen Rathhauses und der bis zum Petriplatz sich erstreckenden Häuser wird das frei gewordene Terrain nur bis etwa ein Drittel der Fläche mit einem kleinen Ergänzungs-Rathhause bebaut werden, während die übrige Fläche zur Verbreiterung der Gertrauden- und Scharn- straße Verwendung findet. Mit dem Köllnischen Rathhause wird ein Bau verschwinden, an welchen sich mannigfache Erinnerungen knüpfen. Nach Hiddin lag dort seit dem Jahre 1815 die Garnischlamm- und der Rathshaus von Kölln. Im Jahre 1812 war dieser Bau bereits baufällig, so daß schon im Jahre 1836 wieder von Neuem gebaut werden mußte. In den oberen Räumen dieses Hauses befand sich die Rathskammer, unterhalb, an der Ecke der Breiten- und Gertraudenstraße, die sogenannte Laube, ein mit Glasfenstern versehenes Vorbau, vor welchem an großen Gerichtstagen und Gemeindeversammlungen die Einwohner der Stadt zusammenkamen, und wo auch hiers öfters Vorträge vorgenommen wurden. Nach der Seite der Scharnstraße lag der Rathskeller und die Rathswaage, und vor dieser standen die Protokollen. Nach dem Petriplatz hin lag die Verkaufshalle der Schuhmacher, welche im Jahre 1710 abgebrochen, und an deren Stelle die Fleischschranken aufgestellt wurden. In der Gertraudenstraße befand sich der Bernauer Bierkeller. Im Jahre 1710 wurde dieses Rathhaus in seiner jetzigen Gestalt ausgebaut. Außer für Zwecke des Ge- richts diente es auch noch als Amtsstube der königl. Ge- richtskommission und später als Schulkolleg der Köllnischen Schule, nachdem deren Gebäude im Jahre 1790 beim Brande der Petri- kirche zerstört wurde. Seit dem Jahre 1822 befand sich auch in der unteren Etage der Sitzungsaal und das Bureau der Stadt- verordneten, während die höher gelegenen Räume von dem Köll- nischen Gymnasium benutz wurden. Dieses erhielt auch noch eine Anzahl Räume und eine Wohnung für den Direktor in dem neuen Ausbau des Rathhauses, wo früher die Waage stand. In den Märztagen des Jahres 1848 hat das Köllnische Rathhaus ebenso wie das an der Ecke der Hoffstraße und dem Köllnischen Fischmarkt gelegene Haus, in welchem sich die Heurath'sche Konditorei befindet, eine hervorragende Rolle gespielt, da hier der Straßenkampf am blutigsten war. In dem Heurath'schen Bude findet sich von dem Kampfe, der dort getobt, eine anschau- liche Abbildung. In unseren Tagen haben in dem alten Bau das Märkische Provinzial-Museum und die Gewerbe-Deputation ihren Sitz erhalten.

Heber die Bedeutung des Begriffs „Berliner Stube“ im Sinne des § 3b der Berliner Baupolizei-Ordnung hat das Ober-Verwaltungsgericht auf die Klage eines Banmeisters, welcher gemäß der Baupolizeiordnung jenes § 3b im vierten Stockwerk seines Hauses in der Berliner Stube eine Küche eingerichtet hatte und nun die Kochmaschine entfernen sollte, sich dahin ausgesprochen: Die Bezeichnung „Berliner Stube“ rühre nicht daher, daß ein gewisser Raum in dem Berliner Hause als Wohn- bzw. Schlaf- raum benutz werde. Derselbe könne ebenso gut zu anderen Zwecken verwendet werden, denn das Wort „Berliner Stube“ habe mit der Benutzung des Raumes nichts zu thun. Das Kriterium der „Berliner Stube“ beruhe vielmehr in ihrer kon- struktiven Bedeutung für eine gewisse Art des Häuserbaues und der dadurch bedingten Lage.

Und Welten in der Mark wird uns gemeldet, daß das Kerkstarklein, von welchem bürgerliche Blätter in so süßender Weise zu erzählen wußten, einfach in das Reich der Fabel gehört. Im Gegenstand, die beiden Redigenten sind immer noch sehr ernst dabei, sich gegenseitig die Fäden abzutreiben, und von der süßen Eintracht, von der man sprach, ist kein Wort wahr. Es wäre auch zu merkwürdig gewesen, wenn die gottgewollte, privat- kapitalistische Weltordnung in dem märkischen Provinzialstädchen durchbrochen worden wäre.

Heber einen Gattenmord in Spandau wußten gestern die bürgerlichen Zeitungen zu berichten.

Der bis jetzt von der Spandauer Polizei festgestellte That- bestand ist folgender: Am Montag Vormittag hatte, wie es häufiger der Fall bei den in Rede stehenden Pfleßon'schen Ehe- leuten war, ein heftiger Streit stattgefunden, der jedoch nur in Worten ausgefochten wurde. Unrichtig ist die Mittheilung der Zeitungen, daß die Frau Dufferse ausgesprochen, ebenso un- wahr ist es, daß die Kinder des P. H. H. Ehepaars Zeugen des Tod- schlages gewesen seien. Erst als dieselben Mittags aus der Schule kamen, erzählten sie den Hausbewohnern, daß Mutter Schuld gefordert und in Erinnerung des vorhergegangenen Streites tauchte bei den Hausbewohnern alsbald der Verdacht auf, daß P. H. seine Frau ermordet, und man machte der Polizei alsbald Mittheilung. Die sofort am nächsten Morgen in der P. H. H. Wohnung erschienene Gerichts- kommission fand an dem Körper der Leiche keine Verletzungen; am Gesichts-







Gerichts-Beilage.

Die Vorsitzende des Allgemeinen Arbeiterinnenvereins, Frau Wittwe Hedwig Gubela, hatte sich heute vor der 98. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts auf eine Verleumdungsklage der Inhaber der Berliner Velvetfabrik zu verantworten.

Für Banarbeiter von Wichtigkeit ist eine Entscheidung in der Frage, wer bei mangelhafter Ausführung von Arbeiten in der Ausführung von Kochmaschinen die Verantwortung zu tragen hat, welche gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts II getroffen wurde.

Einem gefärbten Gaul steht man hübsch im Maul. Diese Lehre klang aus der Verhandlung einer Betrugsanklage heraus, welche gestern das hiesige Schöffengericht beschäftigte.

Eine etwas dunkle Nähergeschichte, auf welche die Kriminalpolizei erst durch die Zeitungen aufmerksam gemacht worden ist, beschäftigte gestern die II. Strafkammer hiesigen Landgerichts I.

hatte sich der Restaurateur Schulz, Schützenstraße 33, nach Schlaf seines Geschäftstags in sein Schlafzimmer zurückgezogen. Herr Schulz ist Junggeselle und er behält manchmal einen oder den anderen der ihm bekannten Gäste über Nacht bei sich.

Unter der Auflage, sich durch ein unrechtes Konkurrenz-Wandern eines Betrages schuldig gemacht zu haben, stand gestern der Kaufmann Alfred Levinsohn vor der 98. Abtheilung des Schöffengerichts.

Während bisher gerichtslos jeder Wehlufay zur Wurst als ein Vergehen gegen das Nahrungsmittel-Gesetz angesehen wurde, hat kürzlich die 90. Abtheilung des Schöffengerichts ein von dieser Ansicht abweichendes Erkenntnis gefällt.

verlangen, und solches Fleisch, das sich nicht zur Wurst verarbeiten lasse, solle man zu anderen Zwecken verwenden.

Eine Reichsgerichts-Entscheidung. In einer öffentlichen Wirkerinnen-Versammlung hatte der Genosse Neubaus am 29. April vorigen Jahres im Laufe der Diskussion die Anwesenden, deren — so heißt es in dem Erkenntnis — Arbeitsverhältnis zum größten Theil erst nach geschwägiger vierzehntägiger vorheriger Kündigung, zum Theil nach vertragsmäßiger achtstägiger Kündigung und nur zum geringen Theile ohne Auffündigung lösbar war, aufgefordert, am 1. Mai auf allen Arbeitsstätten insgesammt zu feiern.

Eine seitens des Angeklagten beim Reichsgericht eingelegte Revision wurde von diesem abgewiesen, und wir haben aus der Begründung der Revisionsverwerfung hervor:

Was den aus § 408 des Allgem. Landr. zc. entnommenen Einwand anbetrifft, so ist dem Beschwerdeführer allerdings zuzugeben, daß nach der Auslegung, welche diese Gesetzesbestimmung in der Praxis, insbesondere auch derjenigen des Reichsgerichts gefunden hat, bei Verträgen, deren Hauptgegenstand Handlungen sind, jeder der Kontrahenten — also auch derjenige, welcher die Handlungen zu leisten hat (der Arbeiter) — das Recht hat, auf seine Gefahr von dem Vertrage abzugehen.

Prinzipiell macht die Revisionschrift für die von ihr vertretene Ansicht, daß unter dem Begriff „Gefahr“ im Sinne des § 110 des Strafgesetzbuches „Zivil-Gefahr“ überhaupt nicht stehen, zwei Gründe geltend, die jedoch beide nicht stichhaltig sind.

